



Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Unterbezirk Bremen-Stadt

Beschlüsse und überwiesene Anträge

UB-Parteitag, 05. September 2020
BLG-Forum Bremen

Antragsübersicht:

- A1** **In die City kommen, um zu bleiben! – Die Bremer Innenstadt als Erlebniswert für alle entwickeln**
Antragsteller: UBV

- A2** **Antrag Klimaverträgliches Bremen – solidarisch, gerecht und innovativ**
Antragsteller: AK Umwelt

- A3** **Antragspaket „Zukünftige Bremer SPD“**
Antragsteller: UBV, OV Altstadt-Mitte

- A6** **SPN-Haltepunkt Achterstraße/Universität/Technologiepark schnellstmöglich realisieren**
Antragsteller: UBV

- A7** **Den öffentlichen Nahverkehr zum führenden Verkehrsträger in Bremen machen – Initiative „einfach einsteigen“ unterstützen und Machbarkeit prüfen**
Antragsteller: UBV

- A8** **Seute Deern**
Antragssteller: OV Schwachhausen Süd-Ost

- A10** **Die Zukunft des Hachez-Geländes in der Alten Neustadt**
Antragsteller: OV Neustadt, Huckelriede & Buntentor

- A11** **Aufhebung von Adelstiteln**
Antragsteller: Jusos

- A12** **Bunt statt grau – Neugestaltung der Ufermauern an der Weser**
Antragsteller: Jusos

- A13** **Denkmal für Laya-Alame Condé**
Antragsteller: Jusos
- A14** **Professionelle Feuerwerke als attraktive Alternative an Silvester**
Antragsteller: Jusos
- A17** **2 Prozent des BIP für den Klimaschutz statt 2 Prozent des BIP für Militär und Rüstung**
Antragsteller: OV Peterswerder/Steintor
- A18** **Mut zum Wechsel - Schluss mit dem nuklearen Bumerang –
für eine neue Entspannungspolitik**
Antragsteller: OV Peterswerder/Steintor
- A19** **Transparenz bei der Abarbeitung von Parteitagsbeschlüssen schaffen**
Antragsteller: OV Peterswerder/Steintor
- A20** **Drohnen Ramstein**
Antragsteller: OV Schwachhausen-West
- A22** **Forderung nach einer schadlosen und hochwertigen Verwertung von Klärschlamm
inklusive Rückgewinnung von Phosphaten**
Antragsteller: OV Oslebshausen
- A23** **Änderungen und Ergänzungen in den Verhandlungen zum künftigen Glücksspielstaats-
vertrag der Länder**
Antragsteller: OV Arbergen-Mahndorf
- A24** **Renditeorientierung bei der Gesundheitsversorgung zurückdrängen –
Daseinsvorsorge unter den Bedingungen der Globalisierung und der Klimakrise sichern.**
Antragsteller: OV Kattenturm-Kattenesch

A25 Pflege endlich Aufwerten!
Antragsteller: OV Schwachhausen-West

**A26 Black Lives Matter –
Bremisches Maßnahmenpaket zur Bekämpfung von strukturellem Rassismus**
Antragsteller: Ortsverein Osterholz

Überweisungen an die Bürgerschaftsfraktion

A9 Altglas Container
Antragssteller: OV Buntentor

A16 Stadtteil(Quartier)-Werkstätten für mehr Kreativität und Entfaltung
Antragsteller: Jusos

A21 Änderung der Bauleitplanung für das Gebiet des Industriebhafens
Antragsteller: OV Oslebshausen

In die City kommen, um zu bleiben! –

Die Bremer Innenstadt als Erlebniswert für alle entwickeln

Übergeordnetes Planungsziel: Eine Innenstadt mit Aufenthaltsqualität, und zwar für alle!

5

Wir wollen eine Innenstadt „to stay“. Die City soll künftig mehr von dem bieten, wovon sie bisher im zentralen Einzelhandelsbereich zu wenig bietet: Verweilen, flanieren, die Kinder spielen lassen, Kaffee trinken, wechselnde kulturelle Events bestaunen, auch kleinerer Art: das ist es, was eine Bremer Innenstadt-Erlebniswelt Bremer*innen und
10 Gästen bieten soll.

Damit wollen wir eine Angebotslücke im Bremer Stadtgebiet schließen, aufgrund derer aktuell zu viele Menschen nach Hamburg oder Oldenburg ausweichen. Das ist nicht nur ein wirtschaftlicher Verlust, weil Kaufkraft abfließt, es ist auch eine soziale Frage:
15 die Fahrten kann und will sich schlicht nicht jede*r leisten.

Die Pläne für die Bremer Innenstadt müssen deshalb weit ambitionierter sein als nur das Prädikat „autofrei“ erlangen zu wollen. Künftig muss es heißen: In die City kommen, um zu bleiben!

20

Grundzüge einer solchen Entwicklung sind für uns: Eine erlebnisstarke Innenstadt ist zu jeder Tageszeit lebendig, auch abends: Dafür braucht es 1) sozial gemischtes Wohnen, 2) Kultur auch im zentralen City-Teil, auch für Tourist*innen, 3) Gastronomie und 4) Büroflächen, die einen Mehrwert an Lebendigkeit bringen, z. B. für Wissenschaft und
25 Lehre. Das Einkaufsangebot muss kleinteiliger, abwechslungsreicher und häufiger inhabergeführter werden, kurz: mehr als 08/15. Dafür braucht es – neben realistischen Mietzinsvorstellungen der Vermieter*innen - eine entsprechend kleinteiligere bauliche Struktur. Aktuell bietet sich die Chance für einen solchen Umbau.

30 *Konkrete Maßnahmen: eine Entwicklung der zwei Geschwindigkeiten*

Insbesondere die baulichen Maßnahmen werden Jahre in Anspruch nehmen. Dennoch bleiben sie notwendig. Sie müssen aber durch Sofortmaßnahmen ergänzt werden, um in der City keine Abwärtsspirale entstehen zu lassen. Deshalb fordern wir von Bürger-

35 schaft und Senat eine Entwicklung der zwei Geschwindigkeiten:

Erstens: Masterplan für Revitalisierung der Innenstadt forcieren

- 40 - Beplant werden sollte der Bereich vom Viertel (Übergang schaffen) bis zum Sparkassengelände bzw. von der Schlachte bis zu den Wallanlagen („natürliche“ Wegebeziehungen schaffen)
- Kleinteiligere Baustruktur, die resilienter gegen künftige Strukturwandel ist, Abwechslung schafft und Voraussetzung für inhabergeführte Geschäfte ist. Insbesondere das Zech-Vorhaben bietet hierzu Gelegenheit.
- 45 - Urbanität erleben geht auch von oben! Daher: Bei Bauvorhaben öffentlich zugängliche Dachnutzungen (z.B. Rooftop Bars) einplanen, so geplant im „Lebendigen Haus“.
- Belebung der Wallanlagen durch kulturelle und gastronomische Angebote, konkrete Vorschläge: Café auf dem Theaterberg und Sommergastronomie (Mobilbauten) auf der Wiese in der Nähe der Kulturmeile/Gerichtsgebäude mit großen Außenbereich auch für Livekonzerte z. B. sonntagvormittags.
- 50 - Schaffung von kleinteiligeren Arealen auf dem städtebaulich überdimensionierten Domschhof, die stärker zum Verweilen einladen. Neue Marktanordnung, die die Bedeutung des Platzes respektiert (keine scheinbar zufällige Anordnung von Anhängerwagen mehr).
- Kleinere Spezialmärkte (z.B. Kunsthandwerkermarkt, Bioprodukte-Markt etc.) auch am Wochenende und an verschiedenen Plätzen in der City.
- 55 - Vergrößerung von Fußgängerbereichen in der Altstadt und Verbesserung von Wegebeziehungen für Fußgänger zu Wallanlagen und Weser:
 - o Oberste Priorität hat für uns der Kernbereich der Innenstadt durch die Fußgängerzone Knochenhauerstraße, Kleine Hundestraße und umzu bis zum Wall. Wir wollen
- 60 bestehende Übergänge ausbauen und kleine Plätze besser nutzen – zum Beispiel

den Spielplatz Hanseatenhof aufwerten und mit Cafés zum Anziehungspunkt der City für Familien entwickeln.

- 65 ○ Forcierung des Zusammenwachsens der Schlachte mit der zentralen Innenstadt („Handlauf zur Weser“): Rückbau der Martinistraße zugunsten einer leichteren Querung für Fußgänger*innen.
- Verbesserung der Anbindung zum Sparkassen-Areal / Faulenquartier: Rückbau der Bürgermeister-Smidt-Straße zugunsten von (in dieser Reihenfolge) Fuß- und Radverkehr.
- 70 ○ Wir wollen die Straße Am Wall zu einem Boulevard ausbauen, damit der Wall stärker Teil des „Innenstadt-Erlebnisses“ wird und sich Einzelhandel und Gastronomie dort entwickeln können. D. h. aus unserer Sicht muss die Parkfläche dem Fußgängerbereich zugeschlagen werden und der dann verbleibende Teil auf Rad-, PKW-, Versorgungsverkehr und Parken verteilt werden. Die Straße wird dadurch leichter
- 75 bequem und sicher für Fußgänger*innen zu queren sein.
- Eine fußgängerfreundliche Verbindung vom Schnoor/Gerichtsgebäude/Glocke zum Marktplatz muss geschaffen werden.
- Stufenweise Abschaffung von Parkplätzen in den Straßen in diesem Bereich, um für Fußgänger attraktive Bereiche zu schaffen (z. B. Martinistraße und Straße am Wall).
- 80 Die Erreichbarkeit der City mit dem Auto wird dadurch gewahrt, da genügend Parkhäuser vorhanden sind. Ob und welche weiteren Maßnahmen zur Autofreiheit sinnvoll sind, ist mit jedem Etappenerfolg für die Innenstadt Schritt für Schritt zu bewerten, im Dialog mit dem Handel und unter der Maßgabe, dass die City auch zukünftig aus allen Stadtteilen gut erreichbar ist.
- 85 ○ Bei allen Maßnahmen der Innenstadtgestaltung wollen darauf achten, dass mehr Schatten und Grün entsteht, damit die Innenstadt nicht noch mehr „aufgeheizt“ wird.

Beschluss des Unterbezirksparteitages Bremen-Stadt, 5. September 2020	2020	A1
--	-------------	-----------

Zweitens: Sofortmaßnahmen und Zwischenlösungen

- 95 - Leerstand und Billigläden vermeiden. Mögliche Leerstände zügig als Chance nutzen, mit kreativen Ideen für Aufenthaltsqualität zu sorgen: Kooperation der Händler (City-Initiative) unterstützt von der Stadt für Verweilen, für Kultur, für Leben. Konkrete Vorschläge hierzu:
- 100 o Indoor-Spielplatz mit Eltern-Kaffee für verregnete Samstage in einem der Leerstände – zum Beispiel in das Erdgeschoss von Galeria Kaufhof, sodass er sich direkt an den aufgewerteten Spielplatz Hanseatenhof anschließt.
- o Platz für lebendige Zwischennutzungen mithilfe der ZZZ und Formate wie den jetzigen Creative Hub im Bundeswehrhochhaus.
- Erhöhung der Lebendigkeit der City durch kulturelle Events, auch kleinerer Art. In Kombination damit:
- 105 - Aufenthaltsmöglichkeiten auch ohne Verzehrzwang schaffen, z.B. Stadtmöbel.
- Damit die Aufenthaltsmöglichkeiten auch angenommen werden: Sauberkeit erhöhen.
- Durchsetzung von fußgängerfreundlichen Verkehrsregeln (Verbote von Lieferverkehr nach 10 Uhr, aber auch von Fahrrädern).
- Schaffung von Fahrradparkplätzen (siehe Niederlande), dazu Wiederbelebung Brill-Tunnel
- 110 und Domshof-Bunker.

Klimaverträgliches Bremen – solidarisch, gerecht und innovativ

Die Klimakrise stellt eine Bedrohung unserer Lebensgrundlagen dar – im globalen Maßstab genauso wie hier vor Ort in Bremen. Im Pariser Klimaabkommen von 2015 hat sich daher die internationale Staatengemeinschaft darauf geeinigt, die Erderwärmung auf deutlich unter zwei Grad, möglichst auf 1,5 Grad Celsius, zu begrenzen. Der Weltklimarat hat 2018 unterstrichen, dass nach den neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen 1,5 Grad dringlich einzuhalten sind.

Auch Bremen ist deshalb gefordert, seinen Beitrag zu diesen Anstrengungen zu leisten. Dies gilt umso mehr, als unser Bundesland von den Folgen eines ungebremsten Temperaturanstiegs besonders betroffen wäre. Vor allem ein drastischer weiterer Anstieg des Meeresspiegels wäre eine existentielle Bedrohung unserer beiden Städte.

Die Klimakrise bringt aber nicht nur große Herausforderungen und Belastungen mit sich. Sie eröffnet zugleich Chancen für positive Veränderungen: Sie kann Anlass und Ausgangspunkt für mehr soziale Gerechtigkeit, für menschen- und umweltfreundliches Wohnen, Mobilität und Arbeiten und für mehr gemeinsame gesellschaftliche Verantwortung sein. Städte und Regionen, die beim Klimaschutz und der Anpassung an den Klimawandel Vorreiter sind, können zudem an Attraktivität gewinnen. Innovative Lösungen bei der Dekarbonisierung von Gütern, Herstellungsprozessen und der Logistik werden zudem ein zunehmend wichtiger Wettbewerbsfaktor für die Unternehmen vor Ort.

Die SPD in Bremen muss und will hierbei die Richtung der Veränderung mitgestalten, weil wir neben den ökologischen Notwendigkeiten auch die Sicherung und Weiterentwicklung unseres starken wirtschaftlichen Standorts, insbesondere auch des Industriestandorts, den Erhalt und die Mehrung guter Arbeitsplätze sowie die gerechte Gestaltung der Transformation zu mehr Klimaverträglichkeit zum Maßstab unseres politischen Handelns machen. Wir wollen Bremen in einem solidarischen Kraftakt klimaverträglich gestalten, damit unser Bundesland auch in Zukunft attraktiv und lebenswert für alle bleibt.

In den nächsten zehn Jahren müssen dafür die notwendigen Weichenstellungen vorgenommen werden, denn ohne ein schnelles und energisches Vorgehen werden die Folgen dramatisch sein.

Als Sozialdemokrat*innen haben wir dabei insbesondere die Wirtschaft und die Industrie sowie die Beschäftigten im Blick. Wir sehen, dass die jetzige Produktionsweise weltweit, aber auch in Bremen wesentlicher Mitverursacher globaler ökologischer Probleme ist. Für uns ist aber klar, dass ein wettbewerbsfähiger Wirtschafts- und Industriestandort in Bremen die Grundlage von Wohlstand und die Chance auf soziale Teilhabe in unseren beiden Städten ist. Die SPD Bremen setzt daher nicht auf Verdrängung oder simples Abschalten, sondern auf Transformation und Umbau der jetzigen Wirtschaftsweise – im Interesse des Erhalts und der Fortentwicklung des Wirtschafts- und Industriestandorts sowie der Beschäftigten und der Menschen vor Ort. Emissionsstarke Industrien und Logistikketten ins ferne Ausland zu verdrängen, wäre keine Lösung, sondern deren Gegenteil: Dies würde im Zweifel über geringere Standards weltweit zu mehr Emissionen führen.

Die rot-grün-rote Koalition in Bremen hat sich im Koalitionsvertrag vom 1. Juli 2019 dazu verpflichtet, Bremen möglichst bald klimaneutral zu machen und die Emissionen deutlich zu reduzieren. Wir begrüßen daneben auch nachdrücklich die Einsetzung der Enquete-Kommission.

45 Die SPD steht zu diesen Entscheidungen. Darüber hinaus sehen wir uns auch in der Pflicht dafür zu sorgen, dass der Weg zu einem klimaverträglichen Bremen sozial gerecht und solidarisch ausgestaltet wird. Und mehr noch: Wir setzen uns insbesondere das ehrgeizige Ziel, Bremen zu einem Vorbild zu machen für den Weg eines starken Wirtschafts- und Industriestandortes in die postfossile Welt!

50 **Wir wollen deshalb in Bremen nicht nur die „Klimanotlage“ ausrufen, sondern erreichen, dass sich Bremen zu einer Modellstadt „Klimaverträgliches Bremen – solidarisch, gerecht und innovativ“ entwickelt.**

Eine „solidarische, gerechte und innovative“ Klimapolitik heißt dabei für uns Sozialdemokrat*innen in Bremen:

- 55 • Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel erfordern neue Lösungen und Wege. Die innovativen Potentiale des Bremer Wirtschafts- und Industriestandorts müssen genutzt werden. Ihnen ist Raum zur Entfaltung zu geben. Dadurch können sich auch große Chancen für neue Wirtschaftsbereiche wie die erneuerbaren Energien, die maritime Wirtschaft, neue klimaverträgliche Materialien und eine klimaverträgliche Logistik ergeben. Diese Potentiale und Chancen können und müssen genutzt werden.
- 60 • Überraschend wichtig ist zudem, dass der Klimaschutz nicht zu Lasten von Arbeitsplätzen und guter Arbeit führt, sondern die klimaverträgliche Transformation der Wirtschaft zugleich auf die Sicherung und Mehrung guter Arbeitsplätze ausgerichtet ist.
- 65 • Die mit Klimaschutz und Anpassung verbundenen Belastungen müssen sozial gerecht getragen werden. Starke Schultern müssen mehr leisten als schwächere. Wer in wirtschaftlich prekären Verhältnissen lebt, darf nicht zusätzlich belastet werden. Zu fordern sind diejenigen, die bislang einen großen „Fußabdruck“ bei den CO₂-Emissionen verursachen.
- 70 • Eine wirksame Klimapolitik muss staatlicherseits die Bereitstellung von klimaverträglichen Alternativen befördern und soweit möglich sicherstellen, insbesondere im Interesse der wirtschaftlich Schwachen. Diese Anforderung bezieht sich unter anderem auf die Bereiche Energieversorgung, Mobilität und Wohnen.
- 75 • Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel sind eine gemeinschaftliche Herausforderung und Aufgabe. Sie betrifft alle Menschen und alle Gruppen, Institutionen und Unternehmen in unserer Stadt. Jede und jeder ist dazu aufgerufen – im Rahmen der jeweiligen Möglichkeiten und Verantwortlichkeiten – einen Beitrag dazu leisten.

Eine Klimapolitik hingegen, die sich nicht an diesen Anforderungen orientiert, wird die Gesellschaft spalten und ist zum Scheitern verurteilt.

80 Diesen Dreiklang von Solidarität, Gerechtigkeit und Innovation wollen wir zu einem Markenzeichen Bremer Klimapolitik machen. Städte wie Amsterdam, Kopenhagen oder Groningen zeigen, dass eine ambitionierte Klimapolitik attraktiv ist und die Stadt zu einem Anziehungspunkt für junge und kreative Menschen, von innovativen und zupackenden Institutionen und Unternehmen macht.

85 Bremen – mit seiner Besonderheit als starker Industrie- und Wirtschaftsstandort – in diese Reihe attraktiver Vorbilder einzureihen, ist eine große Aufgabe. Die SPD in Bremen sieht folgende Schritte als notwendig an, um diese Zielvorgabe zu erreichen.

Ziele und Maßnahmen des Antrags:

1. Fortgeschriebenes Klimaschutzgesetz für Bremen

90 Die notwendigen Ziele zur Reduzierung von CO₂-Emissionen sollen in den Rang einer gesetzlich vorgegebenen Pflicht gehoben werden. Zu diesem Zweck soll das Bremer Klimaschutz- und Energiegesetz (BremKEG) zügig überarbeitet und bis Mitte 2021 fortgeschrieben werden. Die jüngst eingesetzte Klima-Enquetekommission soll diesen Prozess beratend begleiten.

Die Überarbeitung des Gesetzes soll insbesondere folgende Punkte enthalten:

- die Verankerung eines technisch machbaren Reduktionsziels für ganz Bremen bis 2030
- 95 • rechtlich verbindliche Ziele für die Emissionsverringerung in den hauptsächlichen Sektoren (insbesondere Energie, Verkehr, Wohnen, Produzierendes Gewerbe) zu bestimmten Zeitpunkten
- verbindliche Ziele für die CO₂-Reduzierung im öffentlichen Sektor, insbesondere bei den öffentlichen Gebäuden
- 100 • eine klare und verbindliche Zuordnung und Verantwortlichkeit der einzelnen Senatsressorts für das Erreichen von Zielen – bei der Zuordnung sind die rechtlichen Handlungsmöglichkeiten der Ressorts zu berücksichtigen
- Kontinuierliche Erhebung aktueller Emissionsdaten, mindestens alle zwei Jahre
- wirksame Mechanismen für den Fall der Nicht-Einhaltung der Emissionsreduktionsziele
- 105 • eine jährliche Überprüfung der Reduktionsziele mit Berichterstattung an die zuständigen Deputationen bzw. Ausschüsse und an die Bremische Bürgerschaft.

Im Anschluss an die Klima-Enquetekommission muss unmittelbar der im BremKEG vorgesehene Wissenschaftliche Beirat mit seinen Überwachungs-, Beratungs- und Initiativrechten einberufen werden.

110 Durch die Novellierung des BremKEG sollte der wissenschaftliche Beirat zu einem „Klimarat“ fortentwickelt werden, der neben Abgeordneten der Bremischen Bürgerschaft und Wissenschaftler*innen auch aus Vertreter*innen der Zivilgesellschaft, unter angemessener Berücksichtigung von Schüler- und Student*innen, sowie der Wirtschaft besteht.

115 2. Die notwendige Transformation der Industrie in Bremen einleiten

Bremen ist nach wie vor ein großer Industriestandort, zu dessen Wertschöpfung das Produzierende Gewerbe – sowohl direkt, als auch durch seine vor- und nachgelagerten Lieferverflechtungen – und die Beschäftigten einen erheblichen Teil beitragen.

120 Wir bekennen uns als Bremer SPD daher ausdrücklich zu den industriellen Kernen unseres Landes und lehnen es entschieden ab, diese im Hinblick auf die Klimakrise vornehmlich nur als ein „Problem“ zu sehen. Wir sind überzeugt, dass die Weiterentwicklung der industriellen Produktion erforderlich ist, um erstens die negativen Auswirkungen der bisherigen Produktionsweise zu verändern und zweitens Produkte herzustellen und Produktionsverfahren zu entwickeln, die notwendig sind, um den Herausforderungen des Klimawandels begegnen zu können.

125 Diese Weiterentwicklung und Transformation müssen zudem hier vor Ort stattfinden. Denn hier finden sich die Arbeitsplätze, die technologischen Kompetenzen und die an Nachhaltigkeit orientierten politischen Rahmensetzungen. Eine Verdrängung oder achselzuckendes Hinnehmen der Abwanderung der Industrie in Regionen mit niedrigeren Klimaschutzstandards wäre demgegenüber gerade auch klimapolitisch verantwortungslos.

130 Klar ist: Die Klimakrise setzt sowohl die Beschäftigten als auch die Arbeitgeber unter großen
Druck. Wichtige bremische Arbeitgeber wie Mercedes, Airbus oder ArcelorMittal Bremen und
damit auch viele Beschäftigte sind in besonderer Weise vom Strukturwandel betroffen, den der
Klimawandel erforderlich macht.

135 Die Unternehmen in Bremen stehen daher – auch im Interesse ihrer Beschäftigten – in der Ver-
antwortung, möglichst umgehend die notwendigen Veränderungen einzuleiten und möglichst
bald klimaneutral zu produzieren. Das verlangt auch die Deckung des Energiebedarfes durch
erneuerbare Energien und insbesondere bei den Stahlwerken grundlegende Veränderung der
140 technischen Produktionsprozesse, die Dekarbonisierung und klimafreundliche Erneuerung der
Produktpalette sowie die emissionsärmere Gestaltung der vor- und nachgelagerten Lieferket-
ten und -verkehre.

Die Interessen der Beschäftigten sind für uns von zentraler Bedeutung. Gute Beschäftigungs-
verhältnisse sind zu erhalten und zu mehren; Beschäftigten, die durch Folgen der Transforma-
tion betroffen sind und somit besondere Unterstützung benötigen werden, sind geeignete
Weiterbildungs- und beschäftigungspolitische Maßnahmen anzubieten.

145 Die klimapolitisch notwendige Transformation ist zunächst und vor allem eine Aufgabe der be-
troffenen Unternehmen. Von daher begrüßen wir es sehr, dass etwa die Stahlwerke an konkre-
ten Strategien arbeiten, möglichst bald weitgehend klimaneutral Stahl herzustellen, dass Mer-
cedes in Bremen ein wesentlicher Standort zur Produktion von Elektro-Autos werden soll und
dass viele andere Unternehmen intensiv an ihrer Anpassung an veränderte Rahmenbedingun-
150 gen arbeiten.

Gleichzeitig ist die Politik gefordert, diesen Transformationsprozess nach Kräften zu unterstüt-
zen. Dies erfordert nicht nur einen intensiven Dialog und eine enge Kooperation mit den Unter-
nehmen. Die Politik sollte vielmehr auch die zielgerichtete Zusammenarbeit von Unternehmen,
Belegschaften, Verbänden, Gewerkschaften, Wissenschaft und öffentlicher Verwaltung för-
155 dern, um deren gemeinsame Potentiale zur Veränderung und Erneuerung zu nutzen.

Als Aufgaben der Politik sehen wir es dabei insbesondere an,

- sich klar und offensiv zum Erhalt des Industriestandorts Bremen und seiner notwendigen
Transformation zu bekennen und für ein breites gesellschaftliches „Ja“ zu dieser Aufgabe
zu werben
- 160 • Dialoge über die klimapolitischen Herausforderungen der einzelnen Branchen und des
Wirtschaftsstandorts Bremen insgesamt zu befördern, um daraus konkrete Hinweise und
Aufgaben für unternehmerisches, staatliches und privates Handeln zu gewinnen, auch um
frühzeitig erforderliche Arbeitsplatztransformationen zu begleiten
 - 165 ○ Die Klimaschutzagentur „Energiekonsens“, die Institution „Umwelt Unternehmen“
sowie der BUND sind hierbei wichtige Partner, die Bremer Unternehmen beratend
unterstützen, fördern und vernetzen. Diese kommunalen und zivilgesellschaftli-
chen Kooperationen mit den Unternehmen bilden einen wichtigen Baustein auch
für kleinere Unternehmen und sind daher weiter auszubauen.
- mit einer klimafreundlichen Weiterentwicklung der öffentlichen Infrastrukturen für Ener-
170 gie, Verkehr und Kommunikation die emissionsärmere Gestaltung der Wertschöpfungsket-
ten zu fördern
- bei der Weiterentwicklung von Gewerbeflächen und -gebieten auf deren nachhaltige und
klimafreundliche Gestaltung zu achten

- 175 • die Zusammenarbeit von Wirtschaft und Wissenschaft bei der Dekarbonisierung von Materialien, Produkten, Produktionsprozessen und Logistikketten zu unterstützen
- die Kompetenzen und Potentiale der Bremischen Hochschulen und Forschungsinstituten in der klimabezogenen Wissenschaft weiter zu stärken und Anreize für eine weitere Profilbildung in diesen Bereichen zu setzen
- 180 • innovative industrielle Felder zu identifizieren und zu fördern (z.B. erneuerbare Energien, Wasserstofftechnologie, Werkstoffbranche, Logistik, maritime Wirtschaft, Speichertechnologien sowie die notwendige Ausstattung eines erweiterten Bahnnetzes), die im Zuge der technologischen Herausforderungen des Klimaschutzes entstehen und die für Bremen neue Wertschöpfungs- und Beschäftigungschancen eröffnen
- sich für die Beendigung klimaschädlicher Subventionen auf Bundes- und EU-Ebene einzusetzen sowie
- 185 • Fördermittel von Bund und EU für die industrielle Transformation einzuwerben und für deren effiziente Nutzung vor Ort zu sorgen.
- Die Mitsprache- und Einflussmöglichkeiten von Arbeitnehmer*innen bei diesem Transformationsprozess zu stärken bzw. auszuweiten
- 190 Daneben muss die Politik im Blick haben, dass die Transformation der Industrie an einem Standort wie Bremen nur gelingen kann, wenn sie nicht durch Konkurrenzprodukte torpediert wird, die unter niedrigeren Klimaschutzbestimmungen produziert und deshalb billiger angeboten werden können. Der Bremer Senat muss sich deshalb weiterhin dafür einsetzen, dass ein europäischer Grenzausgleich etabliert wird, der eine solche unfaire Konkurrenz unterbindet.

195

3. Stärkung der Erneuerbaren Energien in Bremen

Klimaverträgliches Leben, Produzieren und Arbeiten erfordert zunächst, durch die Steigerung der Effizienz den Energiebedarf für Strom und Wärme pro Einheit deutlich zu mindern.

200 Daneben benötigt der klimabedingte Umbau der Industrie und des Verkehrswesens ein Vielfaches an Strom, u.a. für die Wasserstofftechnologie und die Batterieaufladung. Dieser Strom muss möglichst bald regenerativ erzeugt werden. Schließlich muss auch die gesamte Wärmeversorgung für private Haushalte und für industrielle Prozesse alsbald regenerativ erfolgen.

Auch der Bremer Senat ist hier in der Verantwortung, den Ausbau von Erneuerbaren Energien sozial verträglich zu gestalten. Es ergeben sich die folgenden Handlungsnotwendigkeiten:

- 205 • Einsparpotentiale bei öffentlichen Gebäuden und Infrastrukturen, bei Bauvorhaben und im Bereich der Mobilität sind systematisch zu fördern und einzufordern.
- Mit der SWB ist zeitnah zu klären, wie sichergestellt werden kann, dass das bremische Stromnetz in der Lage ist, die in Zukunft erheblich wachsenden Strommengen aufzunehmen und zu verteilen (vgl. Punkt 2).
- 210 • Für Bremen ist auch die Entwicklung der Windenergiebranche von hoher Bedeutung. Daher muss sich der Bremer Senat für gute Rahmenbedingungen durch bundes- und landesrechtliche Vorgaben einsetzen, damit das gesamte Potential der Windenergie erschlossen werden kann.
- Insofern müssen auch die Erhaltung und der Ausbau der Offshore-Windenergie-Industrie
- 215 am Standort Bremerhaven durch eine strategische Planung gefördert werden.
- Bremen hat im Verbund mit den norddeutschen Ländern ein hohes Potential zur Produktion und Nutzung von grünem Wasserstoff. Diese unverzichtbare Zukunftstechnologie muss

zwingend gefördert werden. Dies kann für die Bremer Wirtschaft zu einem wichtigen Standortvorteil entwickelt werden. Dieses Potential ist daher systematisch zu heben, insbesondere in den Bereichen, in denen die Entwicklung und Nutzung von grünem Wasserstoff klimapolitisch unverzichtbar ist, etwa bei industriellen Prozessen in der Stahlindustrie, im Schwertransport, in der Schifffahrt sowie in der Luft- und Raumfahrt. Wir halten es für erforderlich, dass der Senat aufbauend auf der gemeinsamen Wasserstoffstrategie der norddeutschen Länder ein Konzept vorlegt, wie dieser Prozess begleitet und gefördert werden kann.

- Durch den technischen Fortschritt und damit einhergehenden Preissenkungen eröffnet sich ein großes und wichtiges Zukunftspotential in der Nutzung der Sonnenenergie zur Wärmeerzeugung und Stromerzeugung an Wohn- und Geschäftsgebäuden. Wir sehen es daher als dringlich an, dass der Senat baldmöglichst ein Konzept für die „Solarcity Bremen“ vorlegt. Es sollte sicherstellen, dass beim Neubau und im Gebäudebestand die Nutzung von Sonnenenergie systematisch ausgebaut und gefördert wird. Dabei sollte eine Verpflichtung geschaffen werden, dass bei Neubauten Solaranlagen zu errichten sind, soweit dies wirtschaftlich sinnvoll ist.
- Der Ausbau von Speichertechnologien sollte gefördert werden, um eine effektive Nutzung erneuerbarer Energien zu ermöglichen. Im Zentrum steht, wie in Bremen die Wirtschaftlichkeit von Speichertechnologien gefördert werden kann, um entsprechende Standortvorteile zu realisieren.
- Soziale Aspekte insbesondere hinsichtlich der Mietpreisentwicklung sind zu berücksichtigen und ggf. abzupuffern. Energetische Sanierungen dürfen etwa nicht zu einer Erhöhung der Warmmieten führen.

4. Klimaverträgliche und sozial gerechte Mobilität in Bremen

Ein Fünftel der CO₂-Emissionen wird vom gesamten Verkehrssektor erzeugt (10 % vom privaten Verkehr). Klimaschutz bedeutet deshalb auch eine Verkehrswende¹ und damit ein Umsteuern bei den Fahrzeugflotten sowie bei der Verteilung und dem Ausbau von Infrastruktur.

Für die Herstellung von Verbrennungsmotoren sind strengere Emissionsgrenzwerte vorzugeben und klimaneutrale Antriebstechnologien stärker zu fördern und zu fordern. Dies ist Aufgabe der Bundesregierung und des Europäischen Parlaments, die für den Straßen-, den Schienen- und Luftverkehr sowie für die Schifffahrt entsprechende Vorgaben für neue und alte Fahrzeuge machen müssen.

Die künftige Verteilung und den Ausbau von Verkehrsinfrastruktur in Bremen kann die Stadt demgegenüber selbst steuern und damit maßgeblich beeinflussen. Die notwendigen Maßnahmen sind sofort einzuleiten und kontinuierlich fortzuentwickeln.

Der Kfz-Verkehr, der bislang ca. 50 % der privaten Mobilität absichert, hat sich in den letzten 50 Jahren zu Lasten unserer Lärm-, Luft- und Wohnqualität erhöht. Hier bedarf es einer schrittweisen Reduzierung und Neuverteilung der Verkehrsanteile zugunsten eines Umweltverbundes aus klimaneutralem ÖPNV, Carsharing, Fahrrad und Zufußgehen. Dem öffentlichen Personen- und Schienennahverkehr kommt dabei ein besonderer Stellenwert zu, da er – ein gutes Angebot vorausgesetzt – einen Großteil des privaten Kfz-Verkehrs ersetzen kann und allen Menschen die Teilhabe am öffentlichen Leben ermöglicht.

¹ Verkehrsentwicklungsplan Bremen 2025.

260 Für den Umweltverbund ist deshalb ein modernes und vernetztes Verkehrskonzept mit verbindlichen Meilensteinen zu entwickeln und umzusetzen. Das verkehrsträgerübergreifende Konzept muss komfortabel und einfach zu benutzen sein und umfasst im Wesentlichen:

- den Ausbau des Öffentlichen Personen- und Schienennahverkehrs mit einer anschließenden schrittweisen Einführung der Kostenfreiheit durch ein solidarisches Umlagesystem; dabei sind gemeinsam mit den Partnerkommunen in der Region Bremen auch die 120.000 Ein- und 52.000 Auspendler zu berücksichtigen
- bis 2030 die schrittweise Taktverdichtung im ÖPNV, mit einem 5-Minuten-Takt auf den wichtigsten Strecken
- „ÖPNV auf Anruf“, um unzureichend erschlossene Stadtteile besser zu versorgen und das Angebot in Schwachlastzeiten zu erweitern
- eine Verkehrsplanung, die insbesondere den Fahrrad- und Fußverkehr fördert
- eine Initiative zur flächendeckenden Anwendung der novellierten StVO, wie Grünpfeil für Radverkehr, 8 m Sichtfreiheit an Kreuzungen oder konsequente Ahndung von Verstößen
- eine autofreie Innenstadt sowie autofreie Inseln in den Quartieren, damit die Menschen mehr Raum zum Verweilen und für Begegnungen haben²
- eine Überarbeitung der Parksituation in den Quartieren und vor Geschäften, sowie eine Ausweitung der Parkraumbewirtschaftung, sowie Abstimmung mit den Beiräten die Ausweitung von Bewohnerparken, möglichst mit sozial gestaffelten Beiträgen
- die Erarbeitung eines Konzepts für die letzte Meile im Lieferverkehr und eine bedarfsgerechte Ausweisung von Ladezonen in der Nähe von Geschäften und Gastronomiebetrieben sowie
- den Aufbau einer Ladeinfrastruktur für alternative Antriebstechnologien.

270 Eine solche Verkehrswende erfordert ein Umdenken beim Einsatz der bestehenden Finanz- und Personalressourcen. Und es braucht zusätzliche Finanzquellen. Daher wird der Senat aufgefordert, die zum 31.12.2019 ausgelaufene Zweckbindung der Entflechtungsmittel durch ein Gesetz zügig neu zu regeln, um so die Mittel vom Bund, wie im Koalitionsvertrag angekündigt, verantwortungsvoll für die Verbesserung der Verkehrsverhältnisse in Bremen einsetzen zu können. Außerdem muss sich auch der Verkehrssektor die Förderung durch EU-Mittel zu Eigen machen und weitsichtig und mutig Projekte für den Förderzeitraum 2021-2027 anmelden.

280 290 Einen erheblichen Anteil an den CO₂-Emissionen haben der Wirtschafts- und Straßengüterverkehr sowie die Flug- und Schiffsverkehre. Auch dort sind ein Umdenken und besondere Anstrengungen erforderlich, um die Verkehrswende zu forcieren. Dabei muss vor allem der immer weiter zunehmende Güterverkehr stärker auf den klimaneutralen Schienenverkehr verlagert werden. Notwendig ist deshalb ein zügiger Ausbau des Schienennetzes, für den sich Bremen einsetzen muss.

5. Klimaverträgliches Wohnen in Bremen – nachhaltig, bezahlbar und sozial gerecht

300 Die SPD versteht das Recht auf Wohnen als ein Menschenrecht, das so auch in der Bremischen Landesverfassung verankert ist. Derzeit sind Mieter*innen mit steigenden Mietpreisen konfrontiert. Der Mangel an bezahlbarem Wohnraum führt für viele zu erheblichen Problemen.

² Weitgehend, da z.B. Zulieferer*innen, Ärzt*innen, Handwerker*innen und Monteur*innen mit Werkzeug, Material und Ersatzteilen ebenso wie Behinderte und ggf. auch Taxis Zufahrt haben müssen.

Insbesondere für Singlehaushalte sowie Alleinerziehende mit geringem und mittlerem Einkommen ist eine Versorgung mit bezahlbarem Wohnraum zunehmend schwierig.

Gleichzeitig sind auch beim Thema Wohnen zunehmend Aspekte des Klimaschutzes und der Anpassung an die Folgen des Klimawandels zu berücksichtigen: Deswegen ist für uns bezahlbares und nachhaltiges Wohnen ein Kernanliegen der kommenden Jahrzehnte. Hierfür sind schon heute wichtige Weichenstellungen auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene vorzunehmen. Bereits vorhandene Pläne und Initiativen sind zu bündeln und die Zusammenarbeit mit den betroffenen Stellen, Verbänden und Bürger*innen zu unterstützen.

Wir halten es daher für erforderlich, dass der Senat auf Grundlage des Stadtentwicklungsplans (STEP) Wohnen ein Konzept für klimaverträgliches Wohnen entwickelt, das gleichzeitig nachhaltig und sozial gerecht ist. Hierbei sind insbesondere folgende Punkte zu berücksichtigen:

- Fördern und Ermöglichen von bezahlbarem und gutem Wohnraum in Bremen, um eine Abwanderung ins Umland mit der Folge von Pendelverkehren zu vermeiden
- eine umfassende energetische Sanierung des städtischen Gebäudebestands und die Förderung von neuem und insbesondere bezahlbarem Wohnraum durch eine moderate innerstädtische Verdichtung
- Programme, die eine bessere Nutzung vorhandenen Wohnraums fördern, z.B. Wohnungstausch, altersübergreifende Wohngemeinschaften oder nachträglicher Einbau einer Einliegerwohnung
- Beim Verkauf oder der Verpachtung von städtischem Grund zum Zweck des Wohnungsbaus schon im Vergabeverfahren Projekte mit innovativen, klimafreundlichen sowie sozialverträglichen Konzepten bevorzugen (nicht im Höchstpreisverfahren, sondern mit Vergabematrix ausschreiben)
- klimaverträgliche Baumaterialien, z.B. von Holz aus nachhaltiger und zertifizierter Produktion, in Pilotvorhaben und bei öffentlichen Bauten, soweit technisch möglich, einsetzen sowie solche Konzepte auch im privaten Wohnungsbau fördern
- Förderung von Modellprojekten und von neuen Wohnformen, die Klimaverträglichkeit und Solidarität miteinander verknüpfen sowie
- Förderung privater Initiativen durch Prämien und Preise.

6. Das städtische Grün klimagerecht bewahren, erneuern und vermehren

Die Stadt Bremen ist eine der Großstädte, die im Verhältnis zu ihrer Ausdehnung die größten Grünflächen und Baumbestände aufweist. Dieses stadtgrüne Bremen wurde über Jahrzehnte geschaffen. Es ist ein sozialer und ökologischer Schatz, der mit dem Klimawandel noch wertvoller wird. Denn die städtischen Parks, Grünflächen, Gärten und Kleingärten sowie das Straßengeleit-Grün nehmen mit ihren Bäumen und Pflanzen CO₂ auf und binden sogar Feinstaub. Sie geben Sauerstoff ab, spenden Schatten, tragen bei zum Artenschutz und sind Reserveflächen für Hochwasser- oder Starkregenereignisse. Gleichzeitig sind sie Orte der Erholung und des Umwelterlebens, die zugleich das nachbarschaftliche Miteinander und die Integration sozialer und kultureller Milieus fördern. Mit all dem ist das Stadtgrün nicht nur ein wichtiger Faktor des

städtischen Mikroklimas, des Klimaschutzes und der Anpassung an den unvermeidbaren Klimawandel, sondern es ist auch sozialräumlich ein wichtiger Faktor des Wohlbefindens und der Lebensqualität in unserer Stadt.

Während die Bedeutung der „grünen Infrastruktur“ weiter wächst, wird sie zugleich durch den Klimawandel und insbesondere durch die Perioden extremer Hitze in bislang nicht gekannter Weise bedroht. Die SPD sieht deshalb in der Bewahrung und Erneuerung des städtischen Grüns eine drängende und integrale Aufgabe der Stadtentwicklung. Wir setzen uns daher insbesondere dafür ein, dass

- der für die Pflege des städtischen Grüns zuständige Umweltbetrieb finanziell und personell gestärkt und wieder in „Stadtgrün Bremen“ umbenannt wird
- Natur- und Landschaftsschutzgebiete in der Region Bremen erhalten und weiterentwickelt werden
- der Bedarf an neuem Stadtgrün insbesondere auch aus der Perspektive der einzelnen Stadtteile und Quartiere erfolgt und Kriterien der sozialen Gerechtigkeit beachtet werden
- nicht mehr benötigte Friedhofsflächen vorrangig als Grünflächen erhalten und weiterentwickelt werden
- neben der Dachbegrünung auch die Potentiale des „vertikalen Grüns“ in der Stadt gefördert werden und dabei öffentliche Gebäude eine Vorbildrolle einnehmen
- das Landschaftsprogramm Bremen für den Erhalt, die Erneuerung und die Weiterentwicklung des städtischen Grüns effektiv umgesetzt wird
- die Entsiegelung von Flächen gefördert wird, etwa durch Prüfung von Entsiegelungspotentialen bei einer Änderung von Bebauungsplänen
- der Insekten- und Vogelschutz verstärkt wird, um zu einer ökologischen Aufwertung der Habitate zu kommen.

Bei alledem muss Bremen beachten, dass neuer Wohnraum und auch neue Gewerbeflächen geschaffen werden müssen. Denn nur so können Abwanderungen verhindert werden, die die finanzielle Basis der Stadt schwächen und über verstärkte Pendlerverkehre auch klimapolitisch kontraproduktiv wären. Eine Stärkung des Stadtgrüns ist daher nicht gleichbedeutend mit dem Erhalt jeder Grünfläche, sondern muss auch die ökologische Aufwertung von Ausgleichsflächen mit einbeziehen.

7. Einbindung der Bremer Wissenschaft in den Transformationsprozess

Die Transformation zu einer sozial gerechten und solidarischen Klimaverträglichkeit in Bremen verlangt viele kluge und innovative Lösungen. Bremen besitzt mit seinen Universitäten, Hochschulen und Forschungsinstituten exzellente Wissenschaftseinrichtungen. Dieses Potential sollte im Zusammenspiel von Wissenschaft, Politik, Wirtschaft und zivilgesellschaftlichen Einrichtungen noch stärker für die Entwicklung nachhaltiger und klimaverträglicher Lösungen in Bremen erschlossen werden.

Folgende Maßnahmen sehen wir dabei als besonders wichtig an:

- Universität und Hochschulen sollten dabei unterstützt werden, ihr Nachhaltigkeits- und Klimaschutz-Profil in der Forschung und Lehre noch stärker zu konturieren.

- 390 • Es sollte ein Bremer Institut für Transformation, Klimaschutz und Nachhaltigkeit geschaffen werden, das die Arbeiten der verschiedenen Teildisziplinen und Akteure aus Wissenschaft, Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft koordiniert und die Vermittlung in die Politik sicherstellt. Dabei ist zu klären, inwiefern bestehende Institute der Nachhaltigkeitsforschung um- und ausgebaut werden können.
- 395 • Zwischen den Bremer Wissenschaftseinrichtungen sollte ein verstärkter Austausch und eine engere Kooperation zu klimarelevanten Fragestellungen etabliert werden. Denkbare Formen sind regelmäßige Treffen sowie transdisziplinäre Forschungsprojekte unter Einbindung von Akteuren aus Zivilgesellschaft und Wirtschaft. Der neu zu schaffende „Klimarat“ sollte in den Austausch eingebunden werden.
- 400 • Gefördert werden sollte insbesondere auch der Transfer von klimabezogenem und technologischem Wissen zwischen Wissenschaft und Wirtschaft, angefangen von Vorträgen und Dialogveranstaltungen bis hin zu Entwicklungsaufträgen und der Unterstützung von Start-Ups. Grundlegend wichtig ist dabei, dass die Unternehmen in Bremen gerade auch von den hiesigen Universitäten und Hochschulen die Fachkräfte erhalten, die sie für ihren Transformationsprozess brauchen.

8. Neue Beteiligungsformen für die Entwicklung und Umsetzung des Modells

405 Die SPD ist überzeugt, dass ein klimaverträgliches Bremen nur realisiert werden kann, wenn jede und jeder Einzelne sowie alle gesellschaftlichen Gruppen und Institutionen sich dieser globalen Herausforderung annehmen und zu ihrem Gelingen beitragen. Die einzelnen Institutionen, wie etwa die Universität Bremen, die einzelnen Unternehmen, die Gewerkschaften und die verschiedenen Kammern (Handels- und Handwerkskammer, Arbeitnehmerkammer, aber

410 auch die Berufskammern der Ärzte, Apotheker oder Architekten), müssen prüfen, wie sie zur Klimaneutralität in ihrem Betätigungsfeld beitragen können. Die Helmholtz-Institute, GEOMAR in Kiel, Agora Energiewende oder die Max-Planck-Gesellschaft haben bereits entsprechende Aktivitäten gestartet und bieten entsprechende Orientierung.

415 Wir halten es für notwendig, dass der Bremer Senat von den verschiedenen Bremer Institutionen ein entsprechendes Engagement erbittet oder, soweit entsprechende Rechte bestehen, auch einfordert.

420 Entscheidend ist auch, die Handlungsfähigkeit der Umwelt- und Nachhaltigkeitsverbände und weiterer politischer Verbände (Attac sowie Campact) zu erhalten. Insofern muss sich Bremen dafür einsetzen, dass gesetzliche Regelungen zeitnah so geändert werden, dass die Gemeinnützigkeit dieser Organisationen wieder anerkannt werden kann oder bei den Umwelt- und Nachhaltigkeitsverbänden nicht gefährdet wird.

425 Pilotvorhaben in einzelnen Stadtteilen können schließlich auch Bürger*innen vor Ort zusammenbringen, die sich miteinander austauschen und solidarisch handeln. Die SPD setzt daher einen Schwerpunkt auf dezentrale Entscheidungskompetenzen, die mehr Engagement der Bürger*innen vor Ort erlauben und zu schnelleren Lösungen sowie einvernehmlich getragenen Veränderungen führen.

Daher sehen wir die Notwendigkeit, dass der Senat zeitnah die folgenden Punkte prüft und in die Wege leitet:

- 430 • Ansprechpartner*innen für örtliche Klimaschutzmaßnahmen in den Stadtteilen etablieren sowie
- lokale Patenschaften und Genossenschaften für die Durchführung und Betreuung von örtlichen Klimaschutzmaßnahmen ermöglichen (z.B. ökologische Aufwertung, Energieversorgung, Gebäudebegrünung).
- 435 • Die Stärkung der Umweltbildungseinrichtungen in den Stadtteilen als Beitrag zu mehr Umweltgerechtigkeit
- Eine gute Bildung, Ausbildung und Weiterbildung sind notwendig, damit Menschen in die Lage versetzt werden, sich aktiv an der Transformation zu beteiligen. Ferner muss Klimabil-
dung in die Lehrpläne in den Schulen und Berufsbildungseinrichtungen integriert werden.

440 **9. Finanzierung des Modells „Klimaverträgliches Bremen – solidarisch, gerecht und innovativ“**

Um das Ziel eines klimaverträglichen Bremens zu verwirklichen, bedarf es erheblicher Investitionen. Klar ist, dass ein großer Anteil davon von den Unternehmen zu finanzieren ist, die ihre Produktionsprozesse und Produktpaletten in Richtung Klimaneutralität transformieren müssen. Daneben bleiben aber vielfältige und große Aufgaben, die vom Land und von der Stadt Bremen zu finanzieren sind.

Die damit verbundene Herausforderung ist umso größer, als sich Bremen nicht nur in einer Klimanotlage, sondern auch in einer Haushaltsnotlage befindet. Dies bedeutet, dass Stadt und Land weder auf finanzielle Reserven zurückgreifen noch in größerem Umfang Gelder im Haushalt umschichten können, ohne dadurch andere wichtige Funktionsbereiche (Bildung, Kitas, Sicherheit etc.) zu gefährden. Es gibt auch keine Möglichkeit, erhebliche Mehreinnahmen über Landes- und kommunale Steuern zu generieren.

Der Ausweg aus diesem Dilemma kann deshalb nur auf zwei Wegen erfolgen:

- 455 • Zum einen müssen der Klimaschutz und die Anpassung an den Klimawandel ein integraler Bestandteil aller Politikbereiche werden, der bei allen Maßnahmen – und insbesondere bei den öffentlichen Investitionen – mitbedacht wird. Die Anstrengungen dürfen sich deshalb nicht darauf beschränken, zusätzliche Mittel für Klimaschutzmaßnahmen – neben anderen Investitionen – freizusetzen. Vielmehr muss tendenziell jede Investition, die getätigt wird, auch eine Investition in den Klimaschutz sein und dahin ausgelegt werden.
- 460 • Zum anderen muss es Bremen gelingen, in möglichst großem Umfang Mittel des Bundes und der EU zu akquirieren. Hierzu bestehen grundsätzlich gute Chancen, da der Bund und die EU ihre Förderprogramme für den Klimaschutz und die klimafreundliche Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft absehbar kräftig aufstocken werden. Die Beantragung solcher Mittel ist teilweise sehr aufwändig. Oft wird zudem auch eine Kofinanzierung mit Landesmitteln gefordert, die nicht einfach darzustellen ist. Diese Schwierigkeiten dürfen aber nicht davon abschrecken, solche Fördergelder abzurufen. Bremen muss vielmehr in geeigneter Weise dafür sorgen, diese Schwierigkeiten zu überwinden. Neben der Heranbildung von Antragspezialisten in der Verwaltung kommt dabei insbesondere einem hinreichend großen Komplementärmittelfonds zentrale Bedeutung zu.

470 Es zeichnet sich zudem ab, dass im Bund und in Europa wieder verstärkt über eine Modifizierung der Schuldenbremse diskutiert werden wird. Im Kern werden dabei vor allem Ausnahmeregelungen für Investitionen thematisiert. Denkbar ist, dass im Rahmen des europäischen

Beschluss des Unterbezirksparteitages Bremen-Stadt, 5. September 2020	2020	A2
--	-------------	-----------

475 „Green Deals“ solche Ausnahmen für Klimaschutzinvestitionen oder zumindest für Kofinanzierungen von geförderten Klimaschutzmaßnahmen angestrebt werden.

Wir halten es für dringend geboten, dass Bremen finanzielle Handlungsspielräume bekommt, um den Herausforderungen des Klimawandels im Interesse zukünftiger Generationen begegnen zu können. Dafür braucht es nicht zuletzt auch einer umfassenden Reform unseres Steuersystems, die hohe Einkommen, Erbschaften und Vermögen stärker besteuert.

480 Denn eins ist sicher: Unterlassener Klimaschutz wird sehr viel teurer als ein rechtzeitiger Klimaschutz. Das bedeutet auch: Die finanziellen Folgen eines unterlassenen Klimaschutzes könnte das finanziell notleidende Bremen erst recht nicht verkraften.

Beschluss des Unterbezirksparteitages Bremen-Stadt, 5. September 2020	2020	A3
--	------	----

Entwurf „Zukünftige Bremer SPD“

Inhalt

0. Einordnung der Anträge

1. Neumitglieder

2. Parteibüro

3. Presse und Medien

4. Arbeit in der Partei und in den Parteigremien

5. Erwartungen an die Bürgerschaftsfraktion

6. Unterbezirk Bremen-Stadt

7. Landesorganisation

8. Arbeitsgemeinschaften und Arbeitskreise

9. Bildung

10. Ortsvereine (Anregungen für die Arbeit)

Beschluss des Unterbezirksparteitages Bremen-Stadt, 5. September 2020	2020	A3
--	-------------	-----------

0. Einordnung der Anträge

Wir müssen unsere Arbeit ändern

Die Parteistruktur der SPD ermöglicht demokratische Willensbildungsprozesse. Durch sie ist es möglich, gemeinsame Zukunftsvisionen zu entwickeln. Um dies künftig nach außen für die Bürger/innen noch sichtbarer und im Inneren für die Parteimitglieder noch erlebbarer zu machen, wollen wir die Arbeitsstruktur innerhalb der Partei an aktuelle Entwicklungen anpassen. Nur gemeinsam und mit Mut können wir unsere großen Stärken, nämlich die Verankerung in den Quartieren und Stadtteilen sowie unsere vielfältige und breite Mitgliedschaft, einsetzen, um einen Wandel voranzutreiben damit

- wir die Zusammenarbeit mit unseren Partnern aus der Zivilgesellschaft (Vereine, Gewerkschaften, Kirchen, Sozialverbänden etc.) verbessern, um gemeinsam u. a. den sozialen Zusammenhalt im Lande Bremen zu sichern,
- wir mehr junge Menschen und Frauen für unsere Sache interessieren,
- wir wieder „sichtbarer“ werden und unsere Vorhaben den Menschen näherbringen,
- wir noch mehr Präsenz in den Medien (vor allem auch den sozialen) erreichen,
- wir den Informationsaustausch in der Bremer SPD optimieren, insbesondere zwischen Senatsmitgliedern, Fraktion, Beiratsfraktionen, Ortsvereinen, Arbeitsgemeinschaften und –kreisen.

Um diese Ziele zu erreichen wollen wir insbesondere

- neue Arbeitsformen entwickeln. Besonders die Arbeit in Arbeitskreisen und in (zeitlich befristeten) Projektgruppen zu den Themen, die uns wichtig sind, steht dabei im Mittelpunkt.
- Dass alle Vorstände (Ortsvereine, Unterbezirke, Landesverband, Arbeitsgemeinschaften und Arbeitskreise/Projektgruppen) mit halbjährigen oder jährlichen Arbeits- und Zielplänen arbeiten.
- auch gemeinsam unsere Arbeitserfolge feiern; ehrenamtliche Arbeit soll weiterhin Spaß machen.

Die einzelnen Anträge zur „Zukünftigen Bremer SPD“ sollen dabei helfen, diese Ziele zu verwirklichen. Und sie sollen den Mitgliedern und Organisationseinheiten ermöglichen, gezielt nachzufragen, welche Schritte bereits umgesetzt sind bzw. welche Aufgaben noch realisiert werden müssen. Landesvorstand und Unterbezirksvorstand werden gebeten, auf den zukünftigen Parteitag über den Stand der Umsetzung zu berichten und die Forderungen

Die folgenden Anträge sollten sich an den Landesparteitag richten. D. h. vor jedem Antrag würde stehen:

Der Landesparteitag möge beschließen.

Beschluss des Unterbezirksparteitages Bremen-Stadt, 5. September 2020	2020	A3
--	-------------	-----------

1. Parteibüro

1.1. Stadtteil-/Quartiersbüros (kurz Stadtteilbüros)

Die Neugründung von Stadtteilbüros in mindestens vier Stadtteilen stellt einen wichtigen Schritt in Richtung Steigerung der Sichtbarkeit der SPD vor Ort dar.

Die Stadtteilbüros sollen Anlaufstation für die Bevölkerung werden. Deshalb sollen dort

- Sprechstunden von Bürgerschaftsfraktionsmitgliedern
- Sprechstunden von Beiratsfraktionsmitgliedern
- Sprechstundenangebote der Ortsvereine

eingrichtet und

- Themenabende der Bürgerschaftsfraktion, der Beiratsfraktion und der Ortsvereine
- ortsspezifische Aktionen und Angebote

durchgeführt werden.

Darüber hinaus können regelmäßige Öffnungszeiten den Kontakt zu Bürgerinnen und Bürgern im Stadtteil fördern und einen stetigeren Austausch etablieren. Die Bürgerbüros sollen perspektivisch von Bürgerinnen und Bürgern besucht werden, die Hilfe oder Antworten brauchen – oder einfach mal schnacken wollen.

Die Bürofläche kann u.a. Gemeinschaftsbüro mit Treffpunkt für Vereine, Initiativen und ehrenamtliche Gruppen angeboten werden, um eine hohe Relevanz als zentraler Anlaufpunkt im Stadtteil erreichen.

1.2. Parteibüro Obernstraße

Das Parteibüro genügt nicht mehr den heutigen Ansprüchen unserer Partei. Daher sollte umgehend eine Kommission eingesetzt werden, die die wesentlichen Anforderungen an ein Bremer Büro definiert und für die Umsetzung sorgt. Insbesondere ist dabei zu prüfen:

- Parteihaus (mit Fraktion, EU-Abgeordneten, Bundestagsabgeordneten)
- Räumlichkeiten für Parteisitzungen auch abends
- Abholmöglichkeiten von Wahlkampfmaterial / Lagerraum für Wahlkampfmaterial
- Wahrnehmbare Anlaufstelle für die Bevölkerung

Information / Transparenz für alle

Das Parteibüro richtet einen laufend zu aktualisierenden Kalender ein, der alle wesentlichen Veranstaltungen der Ortsvereine, der Beiratsfraktionen, der Unterbezirke, der Landesorganisation, der Arbeitsgemeinschaften und Arbeitskreise sowie der Bürgerschaftsfraktion enthält. Dieser Kalender soll allen Mitgliedern zugänglich gemacht werden.

Dadurch wird unsere Parteiarbeit transparenter und es wird den aufmerksamen Mitgliedern Anregungen zum Mitmachen geben. Daneben erhalten wir einen Überblick, welche Themen bzw. Aufgaben bearbeitet werden, um Doppelbearbeitung zu vermeiden.

Beschluss des Unterbezirksparteitages Bremen-Stadt, 5. September 2020	2020	A3
--	-------------	-----------

2. Neumitglieder

2.1. Definition

Neumitglieder sind Mitglieder, die neu in die Partei eingetreten sind oder neu in Bremen bzw. neu im Unterbezirk bzw. neu im Ortsverein sind.

2.2. Konzept

Der Landesvorstand und die Unterbezirksvorstände erarbeiten gemeinsam mit den Ortsvereinen ein Konzept für die Integration und die Information von Neumitgliedern. Die Vorstände verpflichten sich, die Maßnahmen zur Betreuung der Neumitglieder zeitnah umzusetzen. Das Konzept sollte vor allem weibliche Neumitglieder stärken eine aktive Rolle in der Partei zu spielen. Hierbei können Konzepte wie Mentoring oder Patenschaften eine tragende Rolle spielen.

2.3. Mitglieder werben

Neue Mitglieder gewinnen wir nicht nur in der laufenden politischen Arbeit, sondern auch durch gezielte Aktionen. Daher wären regelmäßige Vorschläge von den Unterbezirksvorständen für Aktionen sehr wünschenswert (z. B. für „NeubürgerInnen“).

3. Presse und Medien

3.1. Ausgangssituation

Die Bremer SPD kann noch besser in den Medien vertreten sein, wenn die Partei gezielt darauf hinarbeitet. LaVo, UBVs, OV's und SPD-Beiratsfraktionen geben zu selten Presseerklärungen ab, nutzen zu wenig Gespräche mit Journalisten.

In den sozialen Medien treiben vor allem einzelne Mitglieder der SPD Themen voran. Die Partei (LaVo, UBVs, OV's und SPD-Bürgerschafts- und Beiratsfraktionen) kann noch sichtbarer werden, um unsere Themen voranzutreiben.

3.2. Wir fordern daher:

- Hauptamtliche/r Medienreferent/in
Im Parteibüro muss eine hauptamtliche Person (Medienreferent/in) die einzelnen Parteiebenen systematisch unterstützen (und gleichzeitig die Social Media Accounts mindestens der LO betreuen).
- Die Hauptaufgaben dieser Person wären:
 - Regelmäßige Schulungen (Presse, Facebook, Instagram)
 - Systematische Planung der Öffentlichkeitsarbeit der Untergliederungen mit diesen festlegen, u.a. welche Themen, welche Anlässe nutzen, welches Medium, ...
 - Hilfe bei der Umsetzung (Pressekontakte, Formulierungshilfen, kleine Spots aufnehmen, OV's und AG's können zu veröffentlichende Beiträge an die/den Medienmitarbeiter/in geben, etc.)

→Unterstützung der OV's und Beiratsfraktionen durch regelmäßige Kontakte und Abfragen der relevanten Themen

→Abstimmung mit den Mandatsträgern

- **Medienbeirat**

Der Landesvorstand richtet eine Mediengruppe (Mitglieder, die inhaltlich in der Partei arbeiten, „Experten“ für Kernthemen wie Umwelt/Klima, Wohnen/Stadtentwicklung, Bildung, Inneres, Arbeit und Wirtschaft, Gleichstellung) für die Zusammenarbeit mit dem/der Medienreferenten/in ein. Er besteht aus ca. 7 – 10 Personen aus allen Unterbezirken einschließlich einiger Beiratsmitglieder sowie einem Mitglied der Fraktion. Die Mediengruppe schlägt Themen, Maßnahmen, Kampagnen vor, die dann vom/von der Medienreferenten/in genutzt und gemeinsam verbreitet werden.

4. Arbeit in der Partei und in den Parteigremien

4.1. Netzwerkpartner / Kooperationspartner

Die historische Stärke der SPD war auch begründet in ihrer Vernetzung auf allen Ebenen der Stadt und im Land, vom Betriebsrat über die Gewerkschaften aber auch in Unternehmen, Schulen, Verbänden und Vereinen etc. Deshalb sollen sich alle Gremien (Ortsvereine, Unterbezirke, Landesorganisation, Beiratsfraktionen, Bürgerschaftsfraktion, Arbeitsgemeinschaften und Arbeitskreise) einen Überblick über relevante Netzwerkpartner/Kooperationspartner verschaffen.

4.2. Arbeitsplanung

Alle Gremien arbeiten mit Arbeitsprogrammen (was wollen wir in dem nächsten halben Jahr oder Jahr erreichen? Was müssen wir dafür tun?) Sinnvoll ist auch ein systematisches Abarbeiten des jeweiligen Wahlprogramms und das Berichten darüber, insbesondere auch auf Ortsvereins- bzw. Beiratsebene.“

4.3. Mandate in Vorständen mit Verantwortlichkeiten verknüpfen

Alle Vorstände wählen Verantwortliche für die wichtigen Aufgabenbereiche, das sind neben dem Vorsitz, dem Kassierer, dem Schriftführer vor allem Mitgliederbeauftragte, Bildungsbeauftragte, Presse- und Medienbeauftragte, Kampagnenbeauftragte, BeiratskoordinatorInnen auf Unterbezirks- und Ortsvereinsebene

4.4. Arbeitskreise und Projektgruppen

Die Einrichtung von Projektgruppen (zeitlich begrenzte Arbeitsgruppen zu einem konkreten - meist aktuellen - Thema) und von Arbeitskreisen (Arbeitsgruppe, die für einen längeren Zeitraum einen politischen Themenbereich bearbeitet) soll erleichtert werden. Die PG und AK werden an Vorstände (Ortsverein, Unterbezirksvorstand, Landesvorstand) angegliedert. Die Vorstände sorgen dafür, dass Aufgaben und Termine allen Mitgliedern zugänglich sind.

4.5. Nichtmitglieder

Wir wollen uns als Bremer SPD zu den wichtigen Themen klar positionieren und dafür gesellschaftliche Mehrheiten gewinnen. Deshalb sind auch Nichtmitglieder in der Parteilarbeit willkommen und zu integrieren. Die Arbeit findet in den AGs, AK und in Projektgruppen statt.

Beschluss des Unterbezirksparteitages Bremen-Stadt, 5. September 2020	2020	A3
--	-------------	-----------

4.6. Offene Formate

Alle arbeitenden Vorstände und Arbeitsgemeinschaften und –kreise sowie die Projektgruppen sind aufgerufen offene Formate zu entwickeln, die Fachleute, Meinungsbildner und die interessierte Öffentlichkeit einbezieht (Podiumsdiskussionen, Vor-Ort-Termine, Veranstaltungen), um Meinungen zu wichtigen Themen einzuholen.

5. Erwartungen an die Bürgerschaftsfraktion bzw. der Abgeordneten

- 5.1. Benennung fester AnsprechpartnerInnen für die Ortsvereine, Beiratsfraktionen sowie Arbeitsgemeinschaften und Arbeitskreise. Festlegung der Aufgaben der AnsprechpartnerInnen; u. a. auch Angebot von Sprechstunden für alle Beiratsbereiche.
- 5.2. Unterstützung bei der Einrichtung und „Bespielung“ (Veranstaltungen, Sprechstunden etc.) der Stadtteilbüros.
- 5.3. Die Fraktion erarbeitet ein Konzept zur Ansprache und Verstetigung der Kommunikation mit den von ihnen identifizierten Akteuren in der Zivilgesellschaft, in relevanten Vereinen, Verbänden etc.
- 5.4. Um einen besseren Informationsaustausch zu gewährleisten, wird für die wichtigsten Themenbereiche (wie Bildung und Kinder, Umwelt, Bau/Verkehr, Soziales, Arbeit und Wirtschaft, Gleichstellung, Gesundheit und Pflege) eine Koordinationsgruppe aus Fachleuten der Vorstände, den SprecherInnen der Fraktion für diese Themenbereiche, den SprecherInnen der thematisch zuständigen Arbeitsgemeinschaften und Mitgliedern der Beiratsfraktionen/OrtsamtsleiterInnen gebildet. Dieser Kreis trifft sich zunächst 2-monatlich. Damit soll sichergestellt werden, dass wichtige Arbeitsfelder auch themenübergreifend angesprochen werden. Die Koordinationsgruppe ist entbehrlich, wenn die Funktion bereits von einer AG oder Ak durch Teilnahme aller Genannten erfüllt wird.
- 5.5. Die Fraktion berichtet mindestens vierteljährlich vor allem in den sozialen Medien von den Fraktions- und Bürgerschaftssitzungen, sowie von wichtigen Ereignissen in den Deputationen.

6. Unterbezirk Bremen-Stadt

- 6.1. Der Unterbezirksvorstand organisiert einen regelmäßigen Austausch der Ortsvereine (1-2 Mal pro Jahr).
- 6.2. Der Unterbezirksvorstand erarbeitet jährlich ein Arbeitsprogramm, das neben den inhaltlichen Themen u. a. folgende Ziele beinhalten soll:
 - eine Strategie für die Öffentlichkeitsarbeit – intern und extern (Deshalb sollte auch eine Person im Vorstand für die Medien- und Pressearbeit zuständig sein),
 - eine Strategie zur Stärkung bei jungen Wählergruppen,
 - ein Veranstaltungskonzept (auch für die Ortsvereine),
 - geeignete Anlässe, um den Mitgliedern die Möglichkeit zu geben, gemeinsam (Erfolge) zu feiern.

Beschluss des Unterbezirksparteitages Bremen-Stadt, 5. September 2020	2020	A3
--	-------------	-----------

- 6.3. Der Vorstand berät, ob zu aktuellen Themen bzw. zu Kernthemen der Bremer SPD Projektgruppen einzurichten sind. Er nimmt mindestens 1 Mal jährlich Berichte über die Arbeit der Arbeitsgemeinschaften und der Arbeitskreise entgegen.
- 6.4. Der Unterbezirksvorstand benennt Mitglieder für die Teilnahme und Betreuung der im Unterbezirk angesiedelten Arbeitskreise und Arbeitsgemeinschaften, um einen besseren Informationsaustausch zu erreichen
- 6.5. Ortsvereinsstruktur
Durch die Mitgliederentwicklung in den letzten Jahren gibt es inzwischen Ortsvereine im Unterbezirk, die nicht mehr vollständig ihre Aufgaben wahrnehmen können. Der Unterbezirksvorstand möge Gespräche mit diesen Ortsvereinen aufnehmen, um die Arbeitsfähigkeit zu verbessern, sei es durch den Zusammenschluss von Ortsvereinen, Kooperationen mit Nachbarortsvereinen oder durch andere vom Ortsverein gewünschte Maßnahmen.
- 6.6. Parteitag
Der UB-Vorstand organisiert auf jedem UB-Parteitag ein Geschlechter-Plenum, um Frauen die Möglichkeit zu geben, politische Themen zu besprechen, Probleme zu diskutieren und unsere Arbeit kritisch zu reflektieren.

7. Landesorganisation

- 7.1. Der Landesvorstand möge Landesparteitage auch als Arbeitsparteitage durchführen.
- 7.2. Der Landesvorstand stellt, unbeschadet der Beschlussfassung BO 02 vom 26.Okt. 2019, in geeigneter Weise die Ergebnisse der Senats- und Fraktionsarbeit dar. Dabei sind u. a. auch die Fortschritte bzw. Sachstände der zentralen Aufgaben- und Themenbereiche für die Bremer SPD z. B. in Workshops (Gesprächen) zu vermitteln.
- 7.3. Der Landesvorstand informiert die Mitglieder in geeigneter Form (z. B. über die Website) über die Aktivitäten in Bremen und Bremerhaven.
- 7.4. Der Landesvorstand entwickelt jährlich ein Konzept für die bessere Sichtbarkeit und Erfahrbarkeit der Bremer SPD.
- 7.5. In den Sitzungen des Landesvorstands werden die aktuell anstehenden Aktivitäten des Landesvorstands, der UB-Vorstände und der Fraktion aufgerufen. Ggf. ist dies Verfahren auch zeitsparend schriftlich oder im Netz darstellbar. Die Vorsitzenden machen dazu einen Vorschlag.

8. Arbeitsgemeinschaften und Arbeitskreise

- 8.1. Die Arbeitsgemeinschaften und Arbeitskreise erarbeiten ein Konzept zur Ansprache und Verstärkung der Kommunikation mit den für sie relevanten Akteuren zum Beispiel in der Zivilgesellschaft, in Vereinen, in Verbänden, in der Wissenschaft, in den Kammern.

Beschluss des Unterbezirksparteitages Bremen-Stadt, 5. September 2020	2020	A3
--	-------------	-----------

- 8.2. Die Arbeitsgemeinschaften und Arbeitskreise erarbeiten jährlich ein Arbeitsprogramm, das neben den inhaltlichen Themen u. a. auch eine Strategie für die Öffentlichkeitsarbeit – intern und extern – einschließlich eines möglichen Konzeptes für Veranstaltungen beinhalten soll.
- 8.3. Die Arbeitsgemeinschaften und Arbeitskreise berichten dem Unterbezirks- bzw. dem Landesvorstand regelmäßig mindestens jährlich über ihre Arbeit.

9. Bildung

- 9.1. Ortsvereine, Unterbezirke und Landesorganisation stimmen jährlich ein Bildungsprogramm für die Bremer SPD ab. Dazu erarbeitet der LaVo federführend gemeinsam mit den Unterbezirken, Ortsvereinen, Arbeitsgemeinschaften und Arbeitskreisen sowie mit der Historischen Kommission ein Konzept für das Bildungsprogramm. Dabei können bestimmte Angebote auch für einzelne Unterbezirke, Ortsvereine und Arbeitsgemeinschaften entwickelt werden.
- 9.2. Inhaltlich sollten Seminare, Workshops oder Diskussionsveranstaltungen zu den folgenden Bereichen angeboten werden
- Politische Grundlagen
 - Geschichte der SPD
 - Grundlagen für die politische Arbeit in Ortsvereinen, Vorständen und Arbeitsgemeinschaften
 - Grundlagen der Rhetorik
 - Umgang mit Presse und Medien
 - Diskussionsveranstaltungen zu aktuellen Themen
 - Workshops zum Austausch der Mitglieder über die praktische und inhaltliche Arbeit in der SPD (Info-Stand, kreative Veranstaltungen, etc.)
- 9.3. Teilnahmebescheinigungen können die TeilnehmerInnen motivieren aktiv in die Parteiarbeit einzusteigen bzw. die Arbeit zu intensivieren (... hat am Seminar zur Vorbereitung auf die Ortsvereinsvorstandsarbeit teilgenommen ...). Dies kann gerade auch jungen oder arbeitslosen Mitgliedern zur Berufsqualifikation dienen, so dass ihr ehrenamtliches Engagement in besonderer Weise anerkannt wird.

10. Ortsvereine (Anregungen für die Arbeit)

Die Ortsvereine sind die Basisorganisation der Partei in Bremen. Sie stärker zu machen ist das Ziel der nachfolgenden Anregungen (Handbuch). Alle Ortsvereine sollten prüfen, ob sie die Anregungen in ihrem Ortsverein umsetzen.

10.1. Allgemeines

- **Arbeitsfähigkeit prüfen**
Jeder Ortsverein sollte für sich prüfen, ob er auch zukünftig arbeitsfähig sein wird und ggfs. Verbesserungen ausarbeiten, Zusammenlegung mit Nachbarortsvereinen prüfen und ggfs. mit Hilfe des Unterbezirks versuchen, diese umzusetzen.

Beschluss des Unterbezirksparteitages Bremen-Stadt, 5. September 2020	2020	A3
--	-------------	-----------

- Zusammenarbeit mit Nachbarortsvereinen
Jeder Ortsverein sollte die Zusammenarbeit mit Nachbarortsvereinen anstreben, z. B. durch regelmäßige gemeinsame Vorstandssitzungen. Die Vorstände können z. B. gemeinsame öffentlichkeitswirksame Veranstaltungen planen.

10.2. Neue Mitglieder im Ortsverein

Der Ortsvereinsvorstand legt fest, wie neue Mitglieder im Ortsverein (Neumitglieder und Zugezogene) begrüßt werden und wie sie in die Ortsvereinsarbeit integriert werden können. Dazu zählt auch eine gezielte Förderung z. B. durch eine/n Mentor/in.

Möglichkeiten:

- Ansprache per E-Mail, um einen persönlichen Termin zu vereinbaren,
- Persönliches Gespräch nutzen, um die Interessen und Wunschvorstellungen des Neumitglieds kennen zu lernen,
- Überlegen wer aus dem Ortsverein das Neumitglied bei der „Einarbeitung“ begleiten könnte.

10.3. Arbeitsplanung

Der Ortsvereinsvorstand macht jeweils Arbeitsplanungen für das nächste Jahr (oder Halbjahr), dabei überlegt er insbesondere

- wie der Ortsverein sich besser im Stadtteil vernetzt bzw. sichtbar wird (Durchführung von Bürgersprechstunden, ggfs. durch die Beiratsfraktionsmitglieder; Besuche und Gespräche mit Institutionen etc. im Stadtteil),
- die Einrichtung von Projektgruppen für wichtige Themen im Ortsverein (z. B. Müll, Verkehr, Weiterentwicklung des Stadtteils),
- wann Mitgliederversammlungen zu welchen Themen stattfinden sollen,
- ob ein Newsletter (einfache regelmäßige Information aller Mitglieder per E-Mail) zu wichtigen Themen des Ortsvereins eingerichtet werden soll,
- ob er gemeinsame kulturelle Veranstaltungen oder Feiern (Sommerfest, Grünkohlessen etc.) organisieren möchte,
- welche öffentlichen Aktionen und Veranstaltungen (z. B. Info-Tische) der Ortsverein durchführen möchte,
- auch, ob das Tragen von Jacken, Taschen oder Pins die Sichtbarkeit der SPD im Stadtteil erhöhen kann,
- wie insbesondere Frauen im Ortsverein gefördert werden können.

SPN-Haltepunkt Achterstraße/Universität/Technologiepark schnellstmöglich realisieren

- 5 1. Die SPD Bremen-Stadt sieht angesichts des großen Bedarfs die Notwendigkeit, einen Haltepunkt an der Bahnlinie Bremen-Hamburg im Bereich Universität/Technologiepark so schnell wie möglich zu errichten.
- 10 2. Sie erkennt an, dass die zwei angedachten Standorte Vorteile für jeweils unterschiedliche Nutzer*innen-Gruppen bieten, jedoch beide eine spürbare Verbesserung der Anbindung der Universität und des Technologieparks bewirken.
- 15 3. Vor diesem Hintergrund spricht sich die SPD Bremen-Stadt für den aufgrund geringerer Nutzungskonflikte, bereits vorhandener Straßenbahnanbindung und geringerer Kosten wesentlich schneller zu realisierenden Standort Achterstraße aus.
4. Der Parteitag bittet Senat und Fraktion, auf eine schnellstmögliche Realisierung hinzuwirken.

Den öffentlichen Nahverkehr zum führenden Verkehrsträger in Bremen machen – Initiative „einfach einsteigen“ unterstützen und Machbarkeit prüfen

- 5 1. Die SPD Bremen-Stadt sieht die sozialpolitische und ökologische Notwendigkeit, dass der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) gleichzeitig finanziell attraktiver und in seiner Angebotsdichte massiv ausgeweitet werden muss. Sie erkennt an, dass beide Ziele gleichermaßen zu erreichen aus kommunalen Haushaltsmitteln realistischer Weise nicht zu bewältigen ist und sieht in einem umlagefinanzierten ÖPNV eine kollektiv-solidarische Lösungsform. Die stadtbremische
- 10 SPD begrüßt daher das Engagement der Initiative „einfach einsteigen“. Der Parteitag fordert den Vorstand auf, an der Erarbeitung und Umsetzung eines sozial gerechten Konzeptes zum umlagefinanzierten ÖPNV konstruktiv mitzuwirken.
- 15 2. Die SPD Bremen-Stadt bittet den Senat, die im Koalitionsvertrag vereinbarte Machbarkeitsstudie zur Umsetzung des umlagefinanzierten Nahverkehrs unter Einbeziehung der Initiative „einfach einsteigen“ unverzüglich in Auftrag zu geben und zeitnah über die Ergebnisse des Prüfauftrages zu berichten.
- 20 3. Die SPD Bremen-Stadt bittet den Senat, eine Finanzierungsbeteiligung am umlagefinanzierten Nahverkehr durch EFRE-Mittel und Fördermittel des Bundes zu prüfen und über das Prüfergebnis zu berichten.

Beschluss des Unterbezirksparteitages Bremen-Stadt, 5. September 2020	2020	A8
--	-------------	-----------

Der Landesparteitag möge beschließen

Seute Deern

- 5 Die zuständigen Stellen werden aufgefordert, in Verhandlungen mit dem Bund dafür zu sorgen, dass aus den gewährten Bundesmitteln für das Deutsche Schifffahrtsmuseum der Abbau der *Seute Deern*, die Restaurierung und Präsentation museumswürdiger Bauteile des Schiffes und insbesondere die bedarfsgerechte Sanierung des übrigen Museumsbestandes sichergestellt wird, um weitere Totalschäden zu vermeiden.

10

Die Zukunft des Hachez-Geländes in der Alten Neustadt

Der Unterbezirksparteitag möge beschließen, dass bei der zukünftigen städtebaulichen Um- bzw. Neugestaltung des Hachez-Geländes in der Alten Neustadt folgende Aspekte berücksichtigt werden:

1. Schaffung eines sozial und ökologisch nachhaltigen Wohnquartiers

Wir setzen uns für die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum ein:

- in Form sozial geförderter Wohnungen, möglichst durch die GEWOBA verwaltet;
- Wohnraum für Studierende, möglichst durch das Studierendenwerk Bremen verwaltet;
- Flächen für gemeinschaftliches Wohnen und genossenschaftliches Bauen.

Bei der Bebauung sollen folgende Punkte berücksichtigt werden:

- Durchwegung des Grundstücks zu anderen Orten in der Neustadt, z.B. Lucie-Flechtmann-Platz oder Kleine Weser;
- Ökologische Aufwertung des Areals durch Reduzierung der Versiegelung von Flächen, Durchgrünung des Gebietes (z.B. Dachbegrünung), Schaffung eines autofreien Quartiers, weitgehenden Erhalt der vorhandenen Industriearchitektur und energieeffiziente Sanierung der alten Gebäudestrukturen
- Räume für gemeinsames Arbeiten;
- grundsätzliche Höhenbegrenzung der Gebäudestrukturen auf 6 Geschosse.

2. Berücksichtigung öffentlicher Anliegen an sozialer Infrastruktur

Im Ortsteil Alte Neustadt ist das Hachez-Gelände eine der letzten, größeren, freien Fläche, um öffentliche Gebäude, wie z.B. eine Kita, eine Grundschule oder eine Erweiterung der Hochschule, umzusetzen. Wir werden bei den folgenden Ideen für das Gelände, die sich aus Platzgründen sehr wahrscheinlich nicht alle realisieren lassen werden, genau prüfen, ob eine Berücksichtigung auf dem Gelände zwingend notwendig ist und sehen dabei besonders zwei große Bereiche/Cluster:

- Räume für soziale Einrichtungen und Bildungsangebote, wie z.B. Kindertagesstätten, Grundschulen, Dependance-Schule am Leibnizplatz, Erweiterung der Hoch-

30 schule, Jugend- und Seniorenangebote, Räume für das Sozialzentrum Süd mit Be-
ratungsangeboten und Verwaltung; Räume für Gesundheitsangebote, Therapie-
und Arztpraxen.

- Entwicklung eines Stadt- und Ortsteilzentrums Neustadt mit Räumen z.B. für das
Ortsamt und das Stadtteilmanagement, Büro- und Sitzungsräumen, die auch für
35 Stadtteilveranstaltungen genutzt werden können; Räumen für Kultur und Kultur-
initiativen der Neustadt, wie z.B. Vis-a-vis-Netzwerk u.ä.

3. Die Interessen der Neustädter Bürger*innen einbeziehen

Bei der Entwicklung des Hachez-Geländes soll es einen breiten Beteiligungsprozess geben, bei
dem besonders die Interessen der Neustädter Bürger*innen bei der konkreten Planung, z.B. von
40 Freiflächen, Spielflächen oder einer Dachbegrünung, mit einbezogen werden. Den konstruktiven
Dialog mit der Initiative Schokotopia in Bezug auf die weitere Planung des Geländes möch-
ten wir fortsetzen.

Beschluss des Unterbezirksparteitages Bremen-Stadt, 5. September 2020	2020	A11
--	-------------	------------

Der Landesparteitag möge beschließen

Aufhebung von Adelstiteln

- 5 Das deutsche Namensrecht soll dahingehend geändert werden, dass Namensbestandsteile, die auf ehemaligen Adelstiteln zurückgehen, künftig nicht mehr an nachfolgenden Generationen weitergegeben werden.

Beschluss des Unterbezirksparteitages Bremen-Stadt, 5. September 2020	2020	A12
--	-------------	------------

Bunt statt grau – Neugestaltung der Ufermauern an der Weser

Wir fordern, ein Konzept zu entwickeln, wie die Beton-Ufermauern an der Schlachte und in der Überseestadt künstlerisch gestaltet werden können. Neben dem Deichverband
5 soll das Gespräch mit weiteren Beteiligten wie Anwohnern geführt werden. Die Bewerbung mit Motivvorschlägen soll öffentlich sein, wobei die Endabstimmung möglichst per Online-Umfrage oder einem ähnlich partizipativen Modell durchgeführt werden soll. Durch geeignete Maßnahmen, wie z.B. der Vorauswahl durch eine fachkundige Jury, ist
10 sicherzustellen, dass die Motive den stadtbildprägenden Orten entsprechenden hohen künstlerischen Standards entsprechen.

Gedenkort anlässlich des Todes von Laya-Alame Condé

Der Senat wird aufgefordert, den im Koalitionsvertrag vereinbarten Gedenkort anlässlich des durch gewaltsamen Einsatz von Brechmitteln verursachten Todes von Laya-Alame Condé unverzüglich einzurichten.

Der EGMR stufte die zwangsweise Verabreichung von Brechmitteln 2006 als Folter ein. Die Geschädigten der bis zum Jahr 2005 gängigen Praxis der zwangsweisen Verabreichung von Brechmitteln zur Beschaffung von Beweismitteln sind deswegen in angemessener Art und Weise zu entschädigen.

Der Landesparteitag möge beschließen

Professionelle Feuerwerke als attraktive Alternative an Silvester

- 5 Die SPD Bremen-Stadt spricht sich für ein oder mehrere zentral organisierte Feuerwerke zu Silvester als Kulturangebot alle Bremer*innen und als attraktive Alternative zum privaten Böllern aus. Ziel ist neben der Schaffung eines weiteren Bremer Stadtevents auch die Erhöhung der Sicherheit und Sauberkeit an und nach Silvester.
- 10 Der Parteitag bittet Bürgerschaftsfraktion und Senat, rechtliche, praktische und finanzielle Rahmenbedingungen hierfür zu prüfen bzw. prüfen zu lassen. Angesichts der erheblichen Einsparungen für die entfallende private Beschaffung von Feuerwerkskörpern hält der Parteitag insbesondere eine freiwillige Nutzer*innen-Teilfinanzierung analog zur Breminale für angemessen“.

Beschluss des Unterbezirksparteitages Bremen-Stadt, 5. September 2020	2020	A17
--	-------------	------------

Der Landesparteitag möge beschließen

2 Prozent des BIP für den Klimaschutz statt 2 Prozent des BIP für Militär und Rüstung

- 5 Der Vorstand des SPD-Unterbezirks Bremen Stadt wird gebeten, sich dafür einzusetzen, dass der Bundesvorstand und die Bundestagsfraktion der SPD darauf hinwirken, dass die deutschen Militärausgaben im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt nicht weiter steigt werden und stattdessen das Ziel angestrebt wird, die Ausgaben des Bundes für den Klimaschutz und die klimagerechte Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft bis 2030 auf zwei Prozent des BIP zu erhöhen.
- 10

Der UB-Vorstand wird weiterhin gebeten, diesen Antrag einschließlich der Begründung in sinngemäßer Fassung zum nächsten Landesparteitag der SPD in Bremen und von dort zum nächsten Parteikonvent der SPD einzubringen.

**Mut zum Wechsel - Schluss mit dem nuklearen Bumerang –
für eine neue Entspannungspolitik**

5 Der Vorstand des SPD-Unterbezirks Bremen Stadt wird gebeten, sich dafür einzusetzen,
dass der Bundesvorstand und die Bundestagsfraktion der SPD darauf hinwirken, dass

✓ Deutschland dem Atomwaffenverbotsantrag der UN von 2017 beitrifft, wie es
auch die Bremische Bürgerschaft schon 2019 beschlossen hat

10

✓ Die US-Atomwaffen aus Deutschland abgezogen werden, wie es der Bundestag
schon 2010 beschlossen hatte

15

✓ Die Bundesregierung sich aktiv für den Erhalt bzw. die Verlängerung des New
Start Vertrages über 2021 hinaus einsetzt. - Der START – Vertrag beinhaltet,
dass die Nukleararsenale der USA und Russlands auf je 800 Trägersysteme und
1.550 einsatzbereite atomare Sprengköpfe begrenzt werden.-

20

✓ Die Bundesregierung sich für die Wiederaufnahme des INF-Vertrages einsetzt,
mit dem Ziel, eine Stationierung von Atomraketen und nuklear bestückbaren
Marschflugkörpern in Europa zu verhindern. - Der INF Vertrag beinhaltet das
Verbot landgestützter atomarer Kurz- und Mittelstreckenraketen. -

25

✓ Die Bundesregierung ihr politisches Gewicht dafür nutzt, in der Außenpolitik ge-
nerell zu einer Politik der Begrenzung militärischer Bedrohungen durch vertrag-
liche multilaterale Regulierungen und Verträge zurückzukehren

✓ Deutschland die nukleare Teilhabe mit den USA beendet und darauf hinwirkt,
dass auch andere europäische Länder so handeln

Beschluss des Unterbezirksparteitages Bremen-Stadt, 5. September 2020	2020	A18
--	-------------	------------

30

- ✓ Die Bundesregierung den Verteidigungsetat im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt nicht weiter steigert und das bei weiterem Wirtschafts- und Steuerwachstum freiwerdende Geld für soziale Zwecke, für entwicklungspolitische Unterstützungen, für ökologische Ziele beim Klimaschutz und die öffentliche Infrastruktur einsetzt

35

Beschluss des Unterbezirksparteitages Bremen-Stadt, 5. September 2020	2020	A19
--	-------------	------------

Transparenz bei der Abarbeitung von Parteitagsbeschlüssen schaffen

Der Vorstand des SPD-Unterbezirks Bremen-Stadt möge, im Nachgang des Parteitags schnellstmöglich ein transparentes Informationssystem schaffen, das jederzeit den aktuellen Stand der Abarbeitung von beschlossenen oder weitergeleiteten Parteitagsanträgen dokumentiert.

Beschluss des Unterbezirksparteitages Bremen-Stadt, 5. September 2020	2020	A20
--	-------------	------------

Der Landesparteitag möge beschließen

Ramstein

Die SPD Bremen fordert die Bundesregierung auf, die Nutzung der Airbase Ramstein als
5 weltweite Relaisstation für den völkerrechtswidrigen Einsatz von Kampfdrohnen der
USA zu unterbinden.

**Forderung nach einer schadlosen und hochwertigen Verwertung von Klärschlamm
inklusive Rückgewinnung von Phosphaten**

1. Wir fordern den Senat, insbesondere die zuständigen bremischen Behörden
5 (SKUMS sowie Gewerbeaufsicht) vor einer eventuellen Genehmigung der KVA
auf, alle alternativen Verfahren der Klärschlammbehandlung bzw. Phosphorge-
winnung sorgfältig zu prüfen, insbesondere das sog. Pyreg-Verfahren. Wir for-
dern, dass die Bremische Bürgerschaft sowie die Genehmigungsbehörde sich
noch einmal mit diesem Verfahren beschäftigt, bevor mit dem Bau einer Mono-
10 verbrennungsanlage Fakten geschaffen werden, die mittelfristig nicht rückgän-
gig zu machen sind.
2. Wir fordern die Erstellung eines Gesamtkonzeptes, welches eine Reduzierung
der Gesamtbelastung für die Gröpelinger und Oslebshäuser Bevölkerung gemäß
der Formulierung im aktuellen Koalitionsvertrag (Geruch, Lärm, Verkehr) bein-
15 haltet. Wir fordern, dass der Gröpelinger Stadtteilbeirat bei der Erstellung dieses
Konzeptes beteiligt wird. Die schon jetzt bestehenden Vorbelastungen durch die
Betriebe im Hafen sowie die aktuelle Verkehrssituation für den Ortsteil Oslebs-
hausen sind immens hoch. Zusätzliche Belastungen sind nicht hinzunehmen.
3. Im Rahmen des Entscheidungs- und Genehmigungsverfahrens ist ein Maximum
20 an Transparenz zu gewährleisten. Die Bürgerinnen/Bürger des Stadtteils sind
angemessen zu informieren und bei den anstehenden Prozessen einzubeziehen.

Der Landesparteitag möge beschließen

Änderungen und Ergänzungen in den Verhandlungen zum künftigen Glücksspielstaatsvertrag der Länder

- 5 Wir fordern den Senat der Freien Hansestadt Bremen auf, bei den Beratungen zum künftigen Glücksspielstaatsvertrag darauf hinzuwirken, dass das bisher im Raume stehende maximale monatliche Einsatzlimit für Online-(Sport)-Wetten und -Glücksspiele in Höhe von 1.000 € deutlich reduziert und zugleich auf alle Spielformen (online wie terrestrisch) anbieter- und plattformübergreifend ausgedehnt wird.
- 10 Wir fordern ein monatliches Limit von maximal 450 € sowie nicht mehr als 50 € pro Tag. Dies deckt sich auch mit den Empfehlungen der international anerkannten Glücksspielforscher der Universität Bremen, Prof. Gerhard Meyer und Dr. Tobias Hayer, sowie des bundesweiten Fachverbandes Glücksspielsucht e.V.
- 15 Darüber hinaus gilt es, (stationäre) Wettbüros rechtlich Spielhallen gleichzusetzen. Dies bedeutet: keinerlei Ausschank von alkoholischen Getränken und auch kein Speisenangebot.
- Wir fordern zudem den Senat der Freien Hansestadt Bremen auf, eine Aufweichung des derzeit geltenden Verbundverbotes (mehrere vorgeblich rechtlich unabhängige Spielhallen in einem Gebäude mit gemeinsam genutzten Sanitäreinrichtungen und „Serviceinseln“ für das Aufsichtspersonal) bei Neukonzessionen zu verhindern. 4 Bundesländern soll dies scheinbar auf Grund der dort ansässigen Unternehmen aus der Glücksspielindustrie künftig (wieder) erlaubt werden. Eine solche Aufweichung birgt die große Gefahr, dass die Glücksspielindustrie dies zum Anlass nimmt, mit Verweis auf Wettbewerbsnachteile, Gleichbehandlungsgebote etc. eine Aufweichung auch in den verbleibenden Bundesländern einschließlich Bremens zu fordern.
- 25

Beschluss des Unterbezirksparteitages Bremen-Stadt, 5. September 2020	2020	A23
--	-------------	------------

30 Abschließend fordern wir den Senat der Freien Hansestadt Bremen auf, sofort und unabhängig von den weiteren Beratungen zum GlStV für Bremen und Bremerhaven alle Vorkehrungen zur Einrichtung einer zentralen Sperrdatei zu treffen, in der sich abstinent leben wollende Glücksspieler aufnehmen lassen können, ohne wie derzeit jeden einzelnen Betrieb aufsuchen zu müssen und sich dadurch massiver Rückfallgefahren auszusetzen.

**Renditeorientierung bei der Gesundheitsversorgung zurückdrängen –
Daseinsvorsorge unter den Bedingungen der Globalisierung und der Klimakrise sichern.**

- 5 Gesundheit ist keine Ware, sie dient dem Gemeinwohl und der Daseinsvorsorge. Renditeoptimierung ist deshalb mit ihr nicht vereinbar. Die Auswirkungen des Coronavirus macht deutlich wie die Globalisierung und Gewinnoptimierung bzw. übertriebene Kostenreduzierung bei der Herstellung von Arzneimitteln, Hygiene- und Desinfektionsmitteln bei Pandemien zu Engpässen führen.
- 10 Die Konzentration der Arzneimittelproduktion auf wenige Länder kann immer wieder zu Engpässen führen und hat enorme Auswirkungen auf die Gesundheit der Bevölkerung, die Volkswirtschaft, auf die betriebliche Produktion und letztlich auf das staatliche Handeln.
- 15 Gesundheitspolitik muss in Zeiten der Globalisierung und der Klimakrise wieder einen höheren Stellenwert erhalten, denn ohne die Gesundheit gibt es nur Rückstand und Stillstand. Auch gilt es die Arbeitsbedingungen der Arzneimittelproduktion in den Produktionsländern unter die Lupe zu nehmen. Da die bisherige Arzneimittelproduktion vor allen Dingen unter kurzfristigen ökonomischen Verwertungsbedingungen gesehen wurde, sollte „Fairtrade“ und gute
- 20 Arbeitsbedingungen nicht nur bei der Produktion von Textilien angewandt werden, sondern auch bei der Produktion von Medikamenten berücksichtigt werden. Die globale Verteilung von medizinischen Produkten allein nach Marktmechanismen festigt zusätzlich das Machtgefälle zwischen den Staaten des globalen Nordens und denen des globalen Südens. Teil unserer Verantwortung ist es daher, über die Versorgungssicherheit der eigenen Bevölkerung hinaus
- 25 auch die internationale Solidarität nicht aus dem Blick zu verlieren.

Die SPD erwartet:

- Auf europäischer Ebene, wegen der Risikosteuerung, wieder mehr Eigenproduktionen im Bereich der Arzneimittel, der Hygieneartikel und von Desinfektionsmitteln.
- 30 - Die Forderung nach „Fairtrade“ Regeln für die Produktion von Medizinprodukten.
- Eine umfangreiche Reservebildung bei Arzneimitteln, Hygiene- und Desinfektionsmitteln, analog der Ölreserven in Deutschland.
- Länder des globalen Südens kurzfristig bei der Beschaffung von medizinischen Produkten während der Krise zu helfen und langfristig partnerschaftlich beim Aufbau
- 35 einer eigenen Infrastruktur zu unterstützen.

Der SPD-Landesparteitag Bremen möge beschließen:

Der SPD-Parteikonvent möge beschließen:

Pflege endlich aufwerten!

5

Spätestens durch die Corona-Pandemie sollte es allen klargeworden sein: eine gute Pflege ist lebenswichtig – ambulant zu Haus, im Krankenhaus oder im Pflegeheim, in Tages- oder in Kurzzeitpflege. Wir wissen, was man für eine gute Pflege tun muss. Es wird Zeit, unsere Erkenntnisse umzusetzen!

10

1. Wir brauchen ausreichend Pflegepersonal!
2. Die Pflegerinnen und Pfleger müssen ausreichend Zeit für die Pflege haben!
3. Die Pflege muss von den Betroffenen bezahlbar sein!

Das bedeutet:

15

Damit sich mehr Menschen für eine Tätigkeit in der Pflege entscheiden, muss der Beruf attraktiver werden: bessere Arbeitsbedingungen, bessere Ausbildung, bessere Bezahlung, mehr Anerkennung.

20

- Gute Pflege braucht Zeit für den Menschen. Die Minutenkataloge in der ambulanten Pflege müssen durch großzügige Zeitpauschalen ersetzt werden. Für Krankenhäuser und die Langzeitpflege muss eine ausreichende Personalausstattung umgesetzt und effektiv kontrolliert werden. Vorschläge und Studien dazu liegen vor.
- Die Arbeitsorganisation in der Pflege ist so zu gestalten, dass sie familienfreundlich ist und Überlastungen vermeidet. Die Ruhezeiten beim Schichtdienst sind zu verlängern.
- In der Altenpflege muss endlich ein allgemeinverbindlicher Tarifvertrag her, der eine Bezahlung wie in der Krankenpflege vorsieht. Die privaten Anbieter müssen den Fuß von der Bremse nehmen!
- Die Ausstattung von Krankenhäusern muss so bemessen sein, dass sie den Bedürfnissen der Pflege gerecht wird: Räume, Geräte, Verbrauchsmaterial etc.
- Die neue Ausbildung zur Pflegefachkraft muss durch moderne Ausbildungsstätten und ausreichend Lehrpersonal aufgewertet werden, die Kosten sind von den Kassen und den Ländern zu tragen. Die Ausbildung ist durch Hochschulausbildungen und Assistentenausbildungen zu ergänzen, alle Ausbildungen müssen durchlässig sein, um Aufstiege zu ermöglichen.

30

35

Alle Verbesserungen in der Langzeitpflege werden derzeit durch die Pflegebedürftigen finanziert. Deren Eigenanteil muss in der Höhe und Dauer begrenzt werden, am besten wird eine Pflegevollversicherung als Bürgerversicherung eingeführt. Detaillierte Konzepte dazu liegen vor.

Wir wissen: eine Erhöhung der Beiträge, der Investitionen und des Bundeszuschusses wird nötig werden. Das ist uns die Pflege wert!

Beschluss des Unterbezirksparteitages Bremen-Stadt, 5. September 2020	2020	A25
--	-------------	------------

- 40 Pflege soll sich nicht in anonymen Institutionen abspielen, sondern bürgernah im gewohnten Umfeld. Konzepte zur Pflege im Quartier und zu einer quartiersbezogenen Gesundheitspolitik liegen vor und müssen endlich umgesetzt werden.
Eine Organisation der Pflege nach Marktgesetzen und Profitprinzip widerspricht dem Sozialstaat. Gesundheit und Pflege sind öffentliche Güter, die vom Staat garantiert werden
- 45 müssen.

Black Lives Matter – Bremisches Maßnahmenpaket zur Bekämpfung von strukturellem Rassismus

- 5 Der Parteitag drückt seine Solidarität mit der weltweiten Black Lives Matter-Bewegung aus. Es ist erschütternd, dass es immer noch Rassismus gibt, so viele Jahre nach dem formalen Ende des Kolonialismus. Wir befinden uns seit 2015 in der internationalen Dekade für Menschen Afrikanischer Abstammung (<https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/themen/schutz-vor-rassismus/int-dekade-fuer-menschen-afrikanischer-abstammung/>). Mit der
- 10 entsprechenden Resolution der UN-Generalversammlung hat sich die Staatengemeinschaft dazu verpflichtet, bis 2024 die Anerkennung, Rechte und Entwicklung von Menschen afrikanischer Abstammung zu fördern und rassistische Diskriminierung und Rassismus zu bekämpfen.
- 15 Der Parteitag begrüßt die vielen in Bremen aktiven zivilgesellschaftlichen Initiativen zur Aufarbeitung des Kolonialismus und seiner Folgen, das Vorhaben des Senats, einen Rahmenkonzept Teilhabe und Diversity zu erarbeiten, und die Bürgerschaftsinitiative für einen Landesaktionsplan gegen Rassismus.
- 20 Der Parteitag bittet Bürgerschaftsfraktion und Senat,
1. das Rahmenkonzept Teilhabe und Diversity zügig fertigzustellen, in einer breiten Öffentlichkeit zur Diskussion zu stellen und
 2. die darin genannten Maßnahmen umzusetzen und regelmäßig zu evaluieren. Ziel ist es, damit das allgemeine Bewusstsein für strukturellen Rassismus zu schärfen und in einen gesellschaftlichen Dialog über weitere notwendige Maßnahmen in einem
- 25 Landesaktionsplan gegen Rassismus zu gehen.
3. Menschen afrikanischer Abstammung sollen konsequent in die Weiterentwicklung antirassistischer Strategien der Regierung – insbesondere auch in der öffentlichen Verwaltung – miteinbezogen werden.
- 30 Der Parteitag sieht die Notwendigkeit, über strukturellen Rassismus auch innerhalb der Partei zu diskutieren. Den Ortsvereinen wird empfohlen, das Thema in ihre Agenda mit aufzunehmen. Eine Zusammenarbeit mit der Arbeitsgemeinschaft Migration und Vielfalt wird angeregt.

Der Feind von Freiheit und Demokratie steht weiterhin rechts

Am 29. August stürmte eine Mischung aus Rechtsradikalen, Reichsbürger*innen und Verschwörungsideologen die Stufen des Reichstags und schwenkten ihre Reichsfahnen. Ihnen gegenüber standen zunächst nur drei Polizisten. Ein Vorfall der erneut zeigt, dass die Gefahr, die von rechtsradikaler Ideologie ausgeht, weiterhin unterschätzt wird.

Als SPD müssen wir uns deswegen umso stärker zu unseren antifaschistischen Grundsätzen bekennen und diese nicht nur betonen, sondern auch in praktische Politik umsetzen. Das bedeutet auch, sich von überkommenen Denkmustern über die gute "politische Mitte" und den schlechten "politischen Rändern" zu verabschieden und ihnen entgegenzutreten. Für uns als Sozialdemokrat*innen muss klar sein: Der Feind von Freiheit und Demokratie steht rechts!

Das bedeutet für uns:

15

Fehler der Vergangenheit nicht wiederholen!

PEGIDA hat gezeigt, dass auch eine kleinere Gruppe Rechtsradikaler, das politische Klima nachhaltig beeinflussen kann. Damals hofften viele, die menschenfeindlichen Thesen in der Debatte zu entlarven und gaben ihnen dazu nicht selten eine Bühne. Dies hat offensichtlich nicht funktioniert und zur gegenwärtigen Situation geführt. Bei den Corona-Protesten dürfen wir diese Fehler nicht wiederholen.

20

Keine Verharmlosung!

Der sogenannte Sturm auf den Reichstag war lange zuvor in diversen Telegram-Channels angekündigt worden, doch niemand bei den zuständigen Behörden hat die Gefahr ernst genommen. Nun haben die Teilnehmer*innen der Anti-Corona Demos gezeigt, wozu sie in der Lage sind. Wir müssen die Gefahr, die von rechts ausgeht ernster nehmen und Rechtsradikale auch konsequent, wie Rechtsradikale behandeln. Das heißt, ihre Aufmärsche zu verhindern und zu blockieren. Es geht bei den Corona-Demos nicht mehr um "besorgte Bürger", sondern um eine Gefahr für unsere Demokratie.

30

Zu Rechtsradikalen hält man auch ohne Corona vor allem eins: Abstand!

Wer auf einer Demo mit diesen Menschen marschiert, mag vielleicht nicht rechtsradikal sein, mindestens toleriert er*sie jedoch diese Ideologie und zeigt, dass er*sie keine Problem mit ihr hat. Auch die Teilnahme von vermeintlich harmlosen Esoteriker*innen und Querfront-Linken bedeutet nicht, dass es sich nicht um dezidiert rechte Proteste handelt. Die unheilige Allianz aus Esoterik und rechtsradikaler Ideologie ist nicht neu, für sie gibt es viele Beispiele in der Vergangenheit.

35

Beschluss des Unterbezirksparteitages Bremen-Stadt, 5. September 2020	2020	11
--	-------------	-----------

40 Als SPD zeigen wir uns offen, gegenüber allen Sorgen und Befürchtungen, die durch die Corona Pandemie entstanden sind. Das heißt nicht, dass wir das Auflaufen mit Rechtsradikalen akzeptieren. Das gilt auch für SPD-Mitglieder, die an solchen Demonstrationen teilnehmen.

Nicht nur reden, sondern auch handeln!

45 Neben einer klaren verbalen Abgrenzung müssen wir auch Taten folgen lassen. Die SPD ist immer noch Teil verschiedener Regierungskoalitionen und stellt dort nicht selten den Innenminister. Dementsprechend sollten Handlungsspielräume genutzt werden: Infektionsschutzmaßnahmen müssen auf Demonstrationen durchgesetzt werden, gerade wenn Gruppen schon im Vorfeld ankündigen, diese zu ignorieren. Mit ihrer Rücksichtslosigkeit
50 gefährden sie nicht nur sich selbst, sondern uns alle!

Darüber hinaus muss der Staat die Entwicklungen innerhalb der rechten Szene aufmerksamer verfolgen und entschiedener eingreifen. Dass Attila Hildmann seit Monaten ohne Konsequenzen volksverhetzende und antisemitische Verschwörungstheorien verbreiten darf,
55 ist nur ein Beispiel dafür, was in der Vergangenheit alles schief lief. Denn auch abseits von Hildmann agieren weiterhin ungestört rechte Netzwerke, zum Teil auch innerhalb staatlicher Institutionen.

Darüber hinaus müssen identitätsstiftende Symbole der rechten Szene, z.B. die Reichsflagge, verboten werden..

60

In ihrer Geschichte hat die SPD selbst erfahren, wie wichtig es ist, Freiheit und Demokratie jeden Tag aufs Neue gegen ihre Feinde zu verteidigen. Gerade jetzt angesichts einer erstarkenden und immer besser organisierten rechtsradikalen Szene müssen wir umso entschlossener handeln.

Überweisung an die Bürgerschaftsfraktion

Altglas-Container

- 5 Der Senat der Freien Hansestadt Bremen wird aufgefordert, Schritte in die Wege zu leiten, die für eine bessere wohnortnahe Versorgung mit Altglas-Containern sorgen. Dabei ist das Verursacherprinzip zu beachten.

10 Der SPD-Ortsverein Buntentor hält es grundsätzlich für möglich, dass Einzelhandelsgeschäfte mit einer Verkaufsfläche von mehr als 500 m², die Einweg-Glasflaschen verkaufen, verpflichtet werden, Flächen für die Aufstellung von Altglas-Containern bereitzustellen und diese Flächen auch zu reinigen. Gegebenenfalls kommt es dafür infrage, dass vorhandene Kfz-Parkplätze umgenutzt werden. Bei Wohnortsnähe sind Lärmbelästigungen durch die Aufstellung sog. „Flüster-Glascontainer“ zu vermeiden.

Überweisung an die Bürgerschaftsfraktion

Stadtteil(Quartier)-Werkstätten für mehr Kreativität und Entfaltung

5 Die Möglichkeit zur freien kreativen Entfaltung im Stadtbereich sind stark begrenzt, sei es durch fehlende Lokalitäten, fehlendes Arbeitsgerät oder die finanzielle Situation, welche die Erkundung der kreativen, gestaltenden oder handwerklichen Ader blockiert oder verhindert. Zur freien Entfaltung der Persönlichkeit und zur Erkundung der eigenen Fähigkeiten sind diese Möglichkeiten jedoch unabdinglich. Die finanzielle oder soziale Situation einer Person darf nicht dazu führen, dass ihnen solche Erfahrungen verwehrt
10 bleiben.

Daher fordern wir die Einrichtung von sogenannten Quartier-Werkstätten, in denen es allen Bürger*Innen ermöglicht wird, ihre gestalterischen Fähigkeiten zu erkunden und auszuleben. Eine solche Werkstatt soll sowohl die künstlerische Arbeit (malen, Erstellen
15 von Skulpturen und Plastiken, etc.) als auch der handwerklichen Gestaltung (z.B. der Herstellung eines Bilderrahmens, eines Stehtisches) dienen und ermöglichen. Diese Einrichtungen werten die Quartiere als auch das Stadtbild auf und tragen zur Steigerung der Lebensqualität vor Ort bei. Des Weiteren ermöglicht es die Werkstatt, dass Menschen in schwierigen Lebenssituationen durch didaktische Projektarbeit Selbstvertrauen und
20 Selbstwertgefühl wiedererlangen. Die (Quartier-)Werkstätten sollen örtlich in den Bürgerhäusern oder in bestehenden sozialen Einrichtungen angesiedelt werden.

Somit hat die Einrichtung einer solchen Werkstatt nicht nur ein Effekt auf die Lebensqualität im Quartier, auch gesundheitliche (z.B. Prävention vor Depressionen durch Stei-
25 gerung des Selbstbewusstseins) und wirtschaftliche (Erkundung der eigenen Fähigkeiten hilft bei der Berufswahl) können aus der Tätigkeit in einer Werkstatt hervorgehen. Hierzu sollen die Quartier-Werkstätten mit entsprechendem Werkzeug und Maschinen ausgestattet werden, sodass der Zugang für die Bürger*Innen kostenfrei möglich ist.

Überweisung an die Bürgerschaftsfraktion

Änderung der Bauleitplanung für das Gebiet des Industriebhafens

Der Unterbezirksparteitag fordert den Senat, insbesondere die Senatorin für Klima-
5 schutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau auf, eine neue Bau-
leitplanung für die Industriebhäfen in Gröpelingen/Oslebshausen vorzunehmen.

Bei der Neuaufstellung sind insbesondere die Grundsätze aus dem Baugesetzbuch der
gesunden Wohnverhältnisse und -bedürfnisse, der angrenzenden Wohngebiete, zu be-
rücksichtigen. Die Planungen sollen den Anforderungen des Gesundheitsschutzes

10 Rechnung tragen, d.h. dass in den angrenzenden Wohngebieten Lärm, Geruchsbelästi-
gungen und schadstoffhaltige Luft reduziert werden. Die Bauleitplanung soll so ausge-
richtet sein, dass in Gebieten mit geringer Entfernung zur Wohnbebauung nur nicht-
störendes Gewerbe angesiedelt werden kann. Bei der Neuordnung der Planungen sol-
len flächendeckende Festsetzungen getroffen werden, die die Ansiedlung von neuen
15 Betrieben ausschließt, die Abfall annehmen, umschlagen, Zwischen- oder Endlagern.

Die Neuordnung der Bauleitplanung erfolgt unter der Beteiligung der Fachressorts
Wirtschaft und Häfen und unter Mitwirkung des Stadtteilbeirates Gröpelingen.

Um den Zweck der Neuordnung nicht zu gefährden, sind geeignete Maßnahmen (z.B.
Veränderungssperren) für die betroffenen Gebiete zu erlassen.